

# Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Fürststraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Tschannenstraße 11, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt., + 8 Pf. Trägerlohn + 0,30 Rmt., monatlich 1,75 Rmt., + 36 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738

Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Verheiratete, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fests Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Fürststraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Wir wollen unser Recht.

## Eine Mahnung.

Von Albert Grzesinski, Preussischer Minister des Innern.

Der Wahlerfolg der Sozialdemokratie ist größer ausgefallen, als die Gegner es befürchtet haben. Die schweren Verluste der Deutschen Nationalen haben klar und offen gezeigt, daß das deutsche Volk es satt ist, von der Rechten regiert zu werden. Das Ergebnis der Wahlen in Preußen und im Reich bedeutet eine nicht zu verdunkelnde Absage an die Regierung des Bürgerblocks, eine Entscheidung für einen Linkskurs in Staat und Reich. Die deutsche Sozialdemokratie ist mit berechtigtem Stolz über das Ergebnis des 20. Mai erfüllt, aber die Freude über den Wahlerfolg darf uns nicht sorglos machen in bezug auf die Auswertung der Wahlen. Nicht allein auf die Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften, ja nicht einmal so sehr auf die Zusammenlegung einer demokratisch-republikanischen Regierung, sondern auf die wirkliche Machtausübung, auf die Verwirklichung und ihre Durchdringung mit republikanisch-demokratischem Geiste, durch republikanisch und sozial eingestellte Männer, kommt es wesentlich an.

Es gilt, aus den sozialdemokratischen Stimmzetteln weitere wirkliche Verwaltungsmacht herauszuholen. Das allein ist meines Erachtens der Sinn der Stimmabgabe von Millionen Proletariern für die Sozialdemokratie. Sie haben damit den Willen bekundet, die große Partei der Arbeiterschaft und die Arbeiterpartei überhaupt mehr als bisher an der Regierung und der Verwaltung der Gesetze der Allgemeinheit, also des Staates, zu beteiligen. Nur dann geht die Staatsgewalt wirklich vom Volke aus, wenn alle Schichten des Volkes, vor allem die stärkste Schicht — das arbeitende Volk — auch an der Verwaltung maßgebend beteiligt sind. Ich will nicht Stellung nehmen für oder gegen eine Koalition, das ist eine rein taktische Frage. Es kommt vor allem darauf an, daß die Vertreter der Arbeiterschaft gemäß ihrer Stärke und Bedeutung im Staate, in Regierung und Verwaltung vertreten sind und Sicherheit für die Anwendung der Gesetze in ihrem Sinne geschaffen wird. Wie wesentlich eine Gestaltung des Staatsapparates in dieser Richtung ist, habe ich in der Öffentlichkeit oft betont. In der Theorie erkennen es gelegentlich auch bürgerliche Politiker an.

Aber Theorie und Praxis stimmen auch hier oft nicht überein. Darum erscheint es mir notwendig, gerade jetzt, nachdem das Ergebnis des 20. Mai zu übersehen ist, einmal ein offenes Wort auszusprechen. Nicht nur bei den Rechten, sondern auch bei den bürgerlichen republikanischen Parteien ist in den letzten Jahren immer wieder eine Tendenz aufgetaucht, die gerade die Sozialdemokratie als Partei der deutschen Arbeiterschaft zwingt, was sie zu sein. Die Sozialdemokratie ist ihnen gut genug, durch ein Aufgebot von vielen Millionen Stimmen die Basis für eine republikanische Regierung zu schaffen. Aber nur ungern und widerwillig läßt man sich herbei, der Sozialdemokratie auch das Recht zuzubilligen, in den Verwaltungsapparat Vertreter der Arbeiterschaft hineinzubringen. Die gleiche Einstellung findet sich auch den Arbeiterkreisen gegenüber, die der Demokratischen Partei oder dem Zentrum angehören. Diese Einstellung ist es, die den Vorkriegsstaat beherrscht hat, in dem sich gerade das werktätige arbeitende Volk vom Staate als minderen Rechts, als Bürger zweiter Klasse behandelt fühlte. Es ist bedauerlich, daß bis weit in die Kreise der republikanischen Parteien hinein Reste dieser Einstellung auch heute noch vorzufinden sind. Gewiß, man sagt das nicht so mit deutlichen Worten. Nein, da wird vielmehr darauf hingewiesen, daß es im Interesse des „Berufsbeamtentums“ nötig sei, nur in den seltensten Fällen auf Luken seitler zurückzugreifen. Es sei doch nicht angängig, auf leitende Posten in der Verwaltung Männer oder Frauen zu setzen, die nun einmal nicht das vorgeschriebene Maß an Bildung und Kenntnis auf dem regulären Bildungsgang sich erworben hätten. Immer wieder haben die bürgerlichen republikanischen Parteien z. B. nachdrücklich, unter dem Vorwande, daß nun einmal in der Sozialdemokratischen Partei nicht genügend vorgebildete Verwaltungsbeamte vorhanden wären, aus ihren Reihen juristisch vorgebildete Personen auf verantwortliche Posten zu bringen, obwohl auf dieses Amt nach der

politischen Zusammensetzung der Bevölkerung in erster Linie die Sozialdemokratie einen Anspruch hatte.

Es ist nun einmal so, daß der Dünkel auf Bildung und Besitz auch in den republikanischen Parteien noch stark und fast ungebrochen vorhanden ist. Gerade wer in Preußen in den letzten Jahren ein wenig hinter die Kulissen der politischen Arbeit geblickt hat, weiß das. Der Glaube an das Vorrecht und die Überlegenheit, die das akademische Fachstudium verleiht, ist in Deutschland heute fast genau so ausgeprägt, wie in der Vorkriegszeit. Die deutsche Arbeiterschaft weiß sehr wohl den Wert von Kenntnissen zu schätzen, aber die politische Arbeiterbewegung in Deutschland, die in den Jahrzehnten ihrer Kampfzeit vor dem Kriege aus ihren eigenen Reihen, aus ihrer eigenen Klasse eine Fülle von Männern und Frauen hervorgebracht hat, die aus eigener Kraft sich Kenntnisse erworben haben im harten Lebenskampf und mühseliger Selbstbildung, ist frei von jeder Überberschätzung des sogenannten „Fachwissens“.

Es ist deshalb notwendig, gegenüber den Stimmen, die in der bürgerlichen republikanischen Presse in den letzten Tagen hier und da laut geworden sind, die auch im Wahlkampf in Wort, Schrift und Bild zu vernehmen waren, und die geringfügig von einer „Partei der Massen ohne Köpfe“ sprachen, klar und deutlich zu betonen: Die deutsche Sozialdemokratie wird ihren Anspruch auf Teilnahme an der Staatsverwaltung nachdrücklich weiter fordern und absolute Gleichberechtigung für die Arbeiterschaft verlangen. Sie besitzt genügend Kräfte, um den Anforderungen, die an sie gestellt werden können, gerecht zu werden. Die Wählerschaft hat gesprochen, die Sozialdemokratie ist bereit und fähig, gemäß der Entscheidung des deutschen Volkes auch zu handeln.

## Wirth über den Wahlausfall.

Frankfurt a. M., 23. Mai. (Eig. Bericht.) Die neueste Nummer der „Republik“ enthält einen Artikel von Joseph Wirth, in dem es unter dem Titel „Die Kundgebung des Volkes“ u. a. heißt:

„Die preussische Regierungspolitik ist in ihrer Gesamttendenz durch das Votum der preussischen Wähler bestätigt worden. Die vorherrschende Partei hat hier ein Vertrauensvotum erhalten genau so wie die vorherrschende Partei in der Reichsregierung, die Deutschnationale Volkspartei, mit einem Mißtrauensvotum deutlicher Art befaßt worden ist. Die drei bürgerlichen Parteien der Mitte müssen einen Verlust von 7+7+7 Mandaten im Reichstag beklagen. Das ist bei der Volkspartei und dem Zentrum etwas ganz Neues. Offenbar bricht in der Mitte das wirtschaftliche Interesse durch, es künden sich Scheidungen an, die nach der ganz einfachen Alternative zu verlaufen scheinen: Hier wirtschaftspolitischer Konservatismus und Individualismus, hier sozialwirtschaftlicher Fortschritt. Das Ideenmäßige tritt zurück, nicht einmal der mit Herrn Dr. Stresemann getriebene Versuch, die Ideologie des volksparteilichen Liberalismus den erhofften Auftrieb zu geben. Auch die „liberale“ Haltung der Deutschen Volkspartei im Schulkampf vermochte keinerlei Zuwachs an Stimmen zu bringen. Hier steht die Deutsche Volkspartei vor derselben Enttäuschung, wie mit ihr die Demokraten und auf der anderen Seite das Zentrum.“

Die Ergebnisse sind überaus interessant. Die Klassen-scheidung bricht in die Weltanschauungs-Parteien „mit sichtbarem Vorstoß“ ein.

## Antrag auf Auflösung des sächsischen Landtages.

Im sächsischen Landtag ist ein Antrag auf Auflösung eingegangen. Er wird damit begründet, daß die gegenwärtige Zusammensetzung des Parlaments dem Willen des Volkes nicht mehr entspricht.

Eine andere Anfrage verlangt Aufklärung darüber, ob Rhosgen außer in Ludwigsfelde auch noch in Kadebeul im Freistaat Sachen fabriziert wird. Die Regierung soll im besagten Falle gleichzeitig Auskunft darüber geben, ob bei der Fabrikation und deren Aufbewahrung in Kadebeul jede Gefahr für die Bevölkerung ausgeschlossen ist.

## Robbie hat den Nordpol überflogen.

Oslo, 24. Mai. Wie dem Norwegischen Telegraphen-Büro aus Spitzbergen gemeldet wird, hat die „Alatia“ gegen Mitternacht den Nordpol überflogen. Ob eine Landungswannschaft ausgesetzt worden ist, ist noch nicht bekannt.

## Zur Frage der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie.

Kr. Nachdem das Wahlergebnis soweit feststeht, daß Veränderungen, die eine fühlbare Verschiebung in den parlamentarischen Machtverhältnissen herbeizuführen geeignet sind, auch bei der Nachprüfung der Stimmzählung nicht mehr zu erwarten sind, ist es an der Zeit, uns zu fragen, was nun werden soll. Das aber heißt praktisch, welche Konsequenzen in bezug auf die Regierungsbildung aus dem Wahlergebnis zu ziehen sind. Es heißt ferner, wie die Sozialdemokratie sich in dieser Lage verhalten soll. Bevor wir jedoch die praktisch-politischen Folgerungen ziehen, ist es notwendig, einige allgemeine und grundlegende Betrachtungen über die Taktik unserer Partei anzustellen.

Die vor einigen Jahren monatelang mit Leidenschaft in unserer Partei geführte Diskussion über die Koalitionsfrage, die zu einer allgemeinen Einigung damals nicht führte, hat doch insofern zu weitgehender Uebereinstimmung unter den verschiedenen Gruppen und Auffassungen in unserer Partei geführt, als diejenigen, die damals die Teilnahme an der sogenannten großen Koalition befürworteten, und diejenigen, die sie ablehnten, beide in gleicher Weise der Meinung waren, daß es sich bei der Frage, ob die Sozialdemokratie sich an einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien beteiligen kann und soll, und mit welchen bürgerlichen Parteien sie gegebenenfalls zusammengehen kann, lediglich um eine taktische Frage handelt, die von Fall zu Fall besonders geprüft und beantwortet werden muß, und nicht um eine grundsätzliche Frage, die man für immer beantwortet. Daß man daher auch nicht ein für allemal sagen könne, wie es die Kommunisten tun, wir beteiligen uns nie an einer Koalition mit bürgerlichen Parteien oder wenigstens nicht mit bestimmten bürgerlichen Parteien, und daß man andererseits auch nicht sagen kann, wir beteiligen uns in jedem Falle an einer solchen Koalition, wenn wir nicht allein die Regierung bilden, oder eine Koalition abschließen und dadurch verhindern können, daß eine einseitig sozialistenfeindliche rein bürgerliche Regierung entsteht. Je nach dem jeweils gegebenen Kräfteverhältnis sei diese Frage verschieden zu beantworten. Allerdings war man sich auch weitgehend darüber einig, daß es für die Koalitionsbereitschaft in jedem Falle eine bestimmte Grenze gebe, die allgemein als erreicht galt, wenn wir in der Koalition nur einen so geringen Einfluß haben würden, daß die Regierung tatsächlich von einer einseitig sozialistenfeindlichen, rein bürgerlich-kapitalistischen Regierung kaum noch zu unterscheiden wäre, wenn wir also nicht bestimmte, freilich in jedem Falle besonders aufzustellende Mindestforderungen nicht durchsetzen könnten und nicht ein bestimmtes Maß tatsächlichen Einflusses und wirklicher Macht eingeräumt erhielten. Denn die Sozialdemokratie sei nicht dazu da, als bloßes Ausschüßgeschild für eine im Wesen arbeitserfeindliche Regierung zu dienen. Keine Einigung wurde dagegen über die Frage erzielt, wo diese Grenze liegt, und ob sie in allen Fällen an der gleichen Stelle zu finden oder je nach der politischen Gesamtlage im jeweils gegebenen Augenblick verschiebbar ist. Freilich wurde dann später dieses Ergebnis der Diskussion wieder vergessen oder fallen gelassen, und es entwickelten sich auf der einen Seite wieder mehr oder weniger grundsätzliche Koalitionsgegner in der Partei, auf der anderen Seite mehr oder weniger grundsätzliche Koalitionsfreunde. Sehr zu Unrecht. Handelt es sich doch in dieser Frage stets nur um eine Frage nach dem politischen Mittel, nicht aber um die Frage nach dem politischen Ziel. Steht das Ziel, das man erstrebt, fest, und in ihm finden sich alle Sozialisten, so ergibt sich das Mittel aber nicht allein aus diesem Ziel, sondern aus seiner Berücksichtigung und aus der Berücksichtigung der Beschaffenheit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die man vorfindet und die es umzugestalten gilt, insbesondere aus den jeweils gegebenen gesellschaftlichen Machtverhältnissen und den politischen Kräfteverhältnissen in und natürlich auch außerhalb des Parlamentes. Dieses politische Kräfteverhältnis ist aber in den einzelnen geschichtlichen Augenblicken verschieden. Somit kann das politische Mittel niemals in allen Lagen dasselbe sein, sondern es muß sich notgedrungen mit der Veränderung der politischen Lage wandeln und sich der jeweils gegebenen Lage anpassen. Dies zu Anfang der zu erwartenden Diskussion in der Partei über das Problem der Regierungsbildung im neuen Reichstage entschieden zu betonen, ist dringend notwendig, soll die kommende Diskussion nicht in ein unfruchtbares Aneinandervorbeireden ausarten.

In Konsequenz dieser Auffassung haben wir es abgelehnt, über die Frage der Regierungsbildung im neuen Reichstage und der Regierungsbildung uns vor den Wahlen zu äußern. Nach dieser Auffassung war das unmöglich, weil diese Frage eben nur auf Grund der durch die Wahlen erst geschaffenen Lage beantwortet werden kann. Ein Festlegen der Partei vor den Wahlen müßte zu einer Aufhebung der politischen Bewegungskraft der Partei und damit zur Lähmung ihrer politischen Aktivität führen. Das wäre ungefähr so gewesen, als wenn ein Schachspieler sich vor Beginn des neuen Spieles nicht nur einen allgemeinen Plan, eine Grundidee für das bevorstehende Spiel zurechtlegen würde, sondern sich in jenem Zeitpunkt schon be-

Aus dem Häuflein wurde jetzt eine stotliche Schar Arbeits-  
loser. Und immer höher schlugen die Flammen der Begeisterung.  
Zimmer kampfmütiger standen sie zusammen.  
Ein großer Teil reichte auch ab, sowie sich ihnen Arbeits-  
gelegenheit bot. Auch ich verließ meine Heimat, um mich in der  
Welt umzusehen. Und was sah ich? Überall das gleiche Los.  
Bedrängung, Not und Entbehrung.  
Eifrig verfolgte ich in der Ferne den Streik meiner Lands-  
leute. Sechszwanzig Wochen hielten sie aus. Da kam der  
Winter, die Not wurde größer. Längst füllten Arbeitswillige die  
Gassen. Unter ihnen spielten gerade die Frauen eine große  
Rolle. Frauen arbeiteten sich in das Fach der Männer ein und  
der Fabrikant hatte den Vorteil der billigen Arbeitskraft. Und  
es kam, wie es kommen mußte: die Ausständigen nahmen die  
Arbeit wieder auf, da unter diesen Verhältnissen an einen Sieg  
nicht mehr zu denken war.

Auch mich zog es wieder nach der Heimat.  
Da stand ich wieder am Arbeitsfeld und hielt Umschau auf  
dem Kampflplatz. Viele Plätze waren leer, an anderen sahen  
fremde Augen mich groß an. An dem Tische, an dem der kranke  
Küngling gestanden hatte, behauptete jener widrige Mensch, dessen  
Prophezei in Erfüllung gegangen war, jetzt seinen Platz.  
Aber das Mädel hat er nicht bekommen. Die Kleine ist nicht  
wieder zurückgekehrt zur Fabrik; sie hat den Tod des Geliebten  
nicht verschmerzen können.

Zu ein verlorener Streik war es gewesen. Aber wir hatten  
nicht nur verloren, wir hatten auch etwas gewonnen. Nämlich  
Erkenntnis.  
Mit schenkenden Augen standen wir jetzt gerüstet da, um ver-  
eint, wenn die Stunde noch einmal schlagen sollte, in den Kampf  
zu ziehen. Keine Schranke stand mehr zwischen uns.  
Ob Weib, ob Mann, alle waren erfüllt von dem einen Ge-  
danken: arbeiten, säen, damit die Saat einst tausendfältige Früchte  
Tringe.

Und die besiegten Sieger haben ihr Wort gehalten!

### Seilige und unglückbringende Tiere.

Der Mensch der Urzeit lebte in der Natur, mit der Natur,  
ihm anders verbunden, als wir Neuseitmenschen. Sie war ihm  
Schicksal, Gottheit, von ihr hing sein Dasein, sein Sterben ab.  
Die Naturerscheinungen, über die er so wenig Herr war, wie  
wir es sind, waren ihm Ausprägungen der Götter. In diesem  
Sinne sind alle Religionen der Naturvölker sich ähnlich — sie  
beteten das Unbegreifliche an, die Mächte, die stärker waren  
als sie selber. Nämlich war auch ihr Verhältnis zu den Tieren.  
Sie sahen in dem Tier keinesfalls ein untergeordnetes Lebe-  
wesen, sondern bauten ihnen Altäre, weil ihnen die Kraft oder  
Klugheit des Tieres göttlich erschien. Bei den Ägyptern zum  
Beispiel wurde das Krokodil heilig gehalten. Sie fütterten  
es und züchteten es, so daß es sich ansetzen ließ. Sie gaben ihm  
Milch, auf jede Weise sein Leben herrlich zu gestalten, nährten  
es mit Mehlweizen und Ochsenfleisch, schmückten es aber auch  
mit goldenen Armreifen und schönem Schmuck. Starb  
so ein Krokodil, so wurde es einbalsamiert und in einem ge-  
weiheten Grabe beigesetzt. Derartige Krokodilbegräbnisse befinden  
sich in den unterirdischen Kammern des Labyrinth am See  
Märis. Wie groß die Verehrung des Krokodils war, geht aus  
einer Erzählung hervor: ein Weib zog ein Krokodil auf und  
wurde deshalb wie der Gott selber hoch verehrt. Sie hatte einen  
Knecht, der mit dem Krokodil spielte und ganz mit ihm auf-  
wuchs. Eines Tages aber fragte dieses den Spielgefährten auf.  
Und die Mutter? Sie pries das Glück ihres Knaben, der von  
einem Gott verehrt worden war! — Auch das Buch Hiob  
schildert das Krokodil, der Leviathan, wie er dort genannt wird,  
als ein fast überirdisches Geschöpf. „Kannst du mit Spiegeln  
füllen seine Haut und mit Fischehäuten seinen Kopf? Wenn du  
deine Hand an ihn legst, so gedente, daß es ein Streif ist, den  
du nicht ausführen wirst. Siehe die Hoffnung wird ihm  
fehlen; schon wenn er heiser ansichtig wird, fährt er zu Boden.  
Wer kann ihm sein Kleid aufheben, und wer darf es wagen,  
ihn zwischen die Zähne zu greifen? Wer kann die Kinnbänder  
seines Antlitzes aufheben? Schredlich stehen seine Zähne umher.  
Seine schalen Schuppen sind wie feste Schilde, fest und eng  
aneinander. Sein Rücken glänzt wie ein Licht; seine Augen  
sind wie die Wimpern der Morgenröte. Aus seinem Munde  
fahren Gabeln, und feurige Funken strömen heraus. Aus seiner  
Nase geht Rauch wie von heißen Töpfen und Kesseln. Sein  
Dorn ist wie lichte Lehe, und aus seinem Mund gehen Flammen.  
Wenn er sich erhebt, so erschauern ihm die Starken, und wenn er  
daherbricht, so ist keine Gnade da. Auf Erden ist seinesgleichen  
niemand, er ist gemacht, ohne Furcht zu sein.“

Ein Tier, dessen Heiligkeit und Gottesstellung nicht  
auf die Furcht des Menschen vor ihm, sondern auf die Liebe  
zu ihm zurückzuführen ist, ist die Kuh. Bei den indogermanischen  
Völkern spielt die Verehrung des Rindes eine große Rolle.  
allgemein wurde die Erdgöttin in Gestalt einer nährenden Kuh  
dargestellt. Auch der Name des Gottes Thor dürfte auf das  
Wort Rind zurückzuführen. Ebenso wird der Mondgöttin Eter-  
gestalt beigelegt; die Sichel des Mondes gibt die Ueberleitung  
zum Gehörn des Stieres.

Heiliggehalten wurde bei den Germanen auch der Wolf,  
das dem Wesen heilige Tier, das allgemein verehrt wurde, um  
seiner Stärke und Kraft willen. Erst nach der Verbreitung des  
Christentums wurde auch der Wolf um seine Stellung gebracht  
und vom Aberglauben in den Wermut umgewandelt, dieses  
Fabelungeheuer, das bald Mensch, bald Wolf ist und um das  
sich mancherlei graufige Sagen spinnen.

Auch dem Feuer Salamander wurden geheimnisvolle  
und ungewöhnliche Eigenschaften zugeschrieben. Plinius sagt  
von ihm: „Der Salamander, ein Tier von Eidechsenart, und  
fernartig gezeichnet, läßt sich nur bei hartem Regen leben und  
kommt bei trockenem Wetter nie zum Vorschein. Er ist so kalt,  
daß er die Wärme des Feuers durchdringt.“ Der  
Salamander, welcher ihm wie Milch aus dem Munde läuft, trägt die  
Haut an ganzen menschlichen Körper weg; die heilsame Stelle  
verliert die Farbe und wird zum Mal. Unter allen giftigen  
Tieren sind die Salamander die boshaftesten. Andere verlesen  
nur einzelne Menschen und töten nicht mehrere zugleich, ganz  
abgesehen davon, daß die Gifttiere, welche einen Menschen ver-  
wunden haben, umkommen und von der Erde nicht wieder auf-  
genommen werden. — Der Salamander hingegen laßt ganze  
Völker vernichten, falls diese sich nicht vorziehen. Wenn er auf  
einen Baum kriecht, vergiftet er alle Früchte, und wer davon  
genießt, stirbt vor Jähzorn; ja, wenn nun einem Holze, welches er  
nur mit dem Fuße berührt hat, Brot gebaden wird, so ist auch  
dieses vergiftet, und fällt er in einen Brunnen, das Wasser nicht  
minder.“ Nach den römischen Gelehrten wurde derjenige, welcher  
einem andern irgend einen Teil des Salamanders aß, als  
Giftmischer erklärt und zum Tode verurteilt. Die Salamander  
verwandten den Salamander unter bestimmten Umständen und  
meinen Geld gewinnen zu können, wenn sie das Tier auf ein  
Schmelzfeuer legen und nach geraumer Zeit durchlöcheren auf den  
verlohten Gistwaren trankeisen liegen. Nach einer Feuersbrunst  
aus, so warf man den Salamander in die Flammen, um dem  
Unheil Einhalt zu tun.

Die Schlangen spielen im Glauben und Aberglauben  
der Völker eine wichtige Rolle. Der Kugel zum  
Beispiel gilt er ein Kriegerreich mit einem Kettenschlang,  
der eine mit Goldsteinen geschmückte, im Sonnenchein herrlich  
glänzende Krone trägt und dem alle Nationen untertan sind.  
Widersteht einem seiner Hinterdenen Bisse, so trägt der Krieger  
trotzdem das an dem Krieger, indem er Krankheit und Tod über  
ihn verhängt. Das ist der Grund, warum die Krieger in  
Kampfland in hohen Ehren gehalten wurden.  
Der Teufel gilt als Symbol der sich selbst aufopfernden  
Liebe und Selbstverleugung. Die Sage erzählt, daß er sich mit  
seiner eigenen Schwärze die Brust anrührte, um die Erde  
mit seinem eigenen Blute zu tränken. Als man in Afrika die  
Kraabe baute, kam die Arbeit zum Stillstand, weil das Wasser  
verdorben wurde und es an Wasserträgern mangelte.  
Da schickte Allah Dämonen von Afrika, die ihren Reif

mit Wasser füllten, und dieses den Bauknechten brachten, so daß  
die Arbeit ihren Fortgang nehmen konnte.

Zum Schluß sei noch der Sagen im Umlauf waren. Ein  
Hund soll nicht mehr bellen, und nicht mehr hören, riechen und  
sehen können, wenn der Schatten einer Hyäne ihn trifft. Auch  
soll die Hyäne je nach Belieben ihr Geschlecht ändern und bald  
als männliches, bald als weibliches Tier erscheinen können. Sie  
soll Menschenstimme annehmen, um Menschen herbeizuloden und  
dann zu überfallen. Die Araber behaupten, daß Menschen von  
dem Geruch eines Hyänengehirns wahnsinnig werden. Der Kopf  
des erlegten Raubtieres wird vergraben, um den bösen Zauber  
zu bannen. Auch nimmt man an, daß sie nichts anderes als  
verfälschte böse Zauberer sind, die bei Nacht umherstreifen, um  
allen guten Menschen Verderben zu bringen. Ihr böser Witz  
kann das Blut in den Adern stocken lassen, die Eingeweide aus-  
trocknen und den Verstand verwirren. Ganze Dörfer wurden  
niedergebrannt, in denen sich Hyänen befanden, ohne daß man  
die Dämonen dadurch zu verschuchen vermochte.

Im allgemeinen kann man sagen: die nützlichen und an-  
gesehenen Tiere wurden verehrt, angebetet, heiliggehalten, die  
gefürchteten gemieden, bekämpft, ausgerottet, — doch zeigt das  
Krokodil, daß auch Furcht Verehrung veranlassen kann.  
Paul Körner.

### Der Unglücksbringer.

Eine Südeuropäische von Paul Vbt.

„Was für seltsame Augen“, hörte ich jemand sagen, als ich  
eines Abends durch die Straßen von Katorza schlenderte. Be-  
sungen blieb ich stehen, und da sah ich zwei Männer vor der er-  
leuchteten Auslage eines Ladens stehen.

„Ein seltsames Stück“, sagte der eine. „Soll ich es kaufen?“  
„Um's Himmels willen, nein!“ sprach erschrocken der andere.  
„Kommen Sie! Kommen Sie!“

Und als die beiden im Dunkeln verschwunden waren, trat  
ich neugierig näher. Da sah ich, was ihre Aufmerksamkeit so erregt  
hatte: Es war ein wunderbar geschnitztes Götterbild, dessen Augen  
das Licht der Lampen in ganz sonderbarer Weise wiederpiegeln.  
Wirklich, diese Augen waren mehr als geheimnisvoll — sie zogen  
mich förmlich in den Loden.

„Sie wünschen?“ fragte ein alter Maori, der, auf einen  
Stoß getrieben, mir entgegenhumpelte. Ich machte ihm klar, daß ich  
den Gott kaufen wollte.

„Den Tolo-Tolo?“ fragte er, und dabei klangen diese Worte  
so seltsam aus seinem Munde. — — — „Den Tolo . . . . .  
Tolo . . . . .“ wiederholte er gedehnt; dann schüttelte er den  
Kopf und sagte: „Ich verkaufe ihn nicht gerne.“

„Warum?“  
„Er wird Ihnen Unglück bringen!“  
„Ach was, dummes Zeug!“ dachte ich, „gib ihn nur her,  
wenn er mich nicht noch mehr schaden können.“ Und damit  
bezahle ich ihm den verlangten Preis.

Ein solch merkwürdiges Stück sollte wegen eines dummen  
Aberglaubens meiner Sammlung entgehen? Niemals!

Im Hause meines Gastgebers angelangt, betrachtete ich stolz  
meinen neuesten Kauf: In Holz geschnitzt war der Kopf eines  
Gottes. Die Augen standen weit hervor, und eingelebte Mäuler,  
die in allen Farben schillerten, bildeten die Augenlider. Der Mund  
war weit aufgerissen, und die Zunge herausschlagend, grünte mich  
das Bildnis an. Ein Prachtstück alter maoriischer Schnitzkunst.

Eine Stunde später lag ich wie gewöhnlich beim Abendessen.  
Da, — hörten wir plötzlich einen Schrei und gleich darauf einen  
schweren Fall. Es war im oberen Stock gewesen, wo sich mein  
Zimmer befand.

Die Treppe hinaufstürmend vernahm ich ein leises Stöhnen  
und sah, daß die Tür meines Zimmers weit offen stand. Auf dem  
Kochtisch stand eine Kerze, deren Licht sich grünlich in den Augen  
meines Gottes wiederpiegelte . . . . .

Himmel, diese Augen waren . . . . .  
Da stieß mein Fuß an einen dunklen Körper, und zu meinem  
Erschrecken erkannte ich das Zimmermädchen, das leichenblau, be-  
wachtlos am Boden lag. Kaltes Wasser brachte sie bald wieder  
zu Sinnen. Doch verstört blickte sie sich um, und mit einem Schrei  
stieß sie entsetzt aus dem Zimmer.

Später erzählte sie in der Küche, daß sie wie gewöhnlich in  
mein Zimmer gegangen sei, um Wasser zu bringen. Da habe sie  
plötzlich das Gefühl gehabt, als ob jemand sie ansehe; die Augen  
aufschlagend, sei ihr Blick auf meinen Gott gefallen, dessen Augen  
sich bewegt hätten. Sie behauptet fest und fest, daß er ihr zuge-  
sprungen habe, und ließ sich von dieser Ueberzeugung nicht ab-  
bringen.

Ich schwieg, denn auch ich hatte etwas gesehen, das ich mir  
nicht eingestehen wollte. — — —

Während in der Nacht weckte mich ein Geräusch im Zimmer.  
Ich lauschte, aber alles blieb still. Dabei fiel mein Blick zufällig  
auf den Tolo-Tolo, der auf dem Tisch beim Fenster stand. Der  
Mond spielte auf der Fläche, spiegelte sich in den Augen . . . . .

Mein Atem stockte . . . . . Mein Herz pochte schneller, die Haare  
sträubten sich . . . . . Sie bewegten sich! Gedankten  
mich an, tauchlich. — — — Dann plötzlich wurden sie ernst, hielten  
meinen Blick gefangen, sprühten grüne Lichter zu mir her-  
über. Der Tolo wurde größer und größer, die herausragende  
Zunge verschwand im Munde, die Lippen bewegten sich . . . . . be-  
wegten sich immer deutlicher, und flüsternd drang es an mein Ohr:  
„Bring mich zurück . . . bring mich zurück! oder ich verderbe  
dich.“

Schweißgüßend, in wahnwüthiger Furcht lauschte ich; entsetzt  
karrte ich nach dem Ungetüm . . . . . Wollte schreien, aber nur ein  
heißeres Würgen kam aus meiner Kehle . . . . .

Näher kam das Ungeheuer, näher die satanischen Augen . . . . .  
„Bring mich zurück . . . . .“

„Ja! . . . Ja! . . .“ würgte ich . . . dann entschwand mir die  
Sinne . . . . . Als ich erwachte war es Tag. Mein Körper  
war wie gelähmt, der Kopf schmerzte und die Augen brannten.

Uebermüdung vom getrigen Marode, lagte ich mir.  
Und dennoch hätte ich schwören können, daß das Erlebnis  
kein Traum war, denn nie in meinem Leben werde ich diese  
Augen vergessen können! — — —

Da mein Bruder diesen Morgen nach Ausland verreiste,  
belegte ich ihm den Tolo mitzugeben. Beim Abschied meinte er  
leidend: „Sei unbesorgt, ich werde den Kerl schon meistent, wenn  
er auch nur Streiche spielen will!“ — — —

Gegen Mittag hörte ich, wie ein Auto vor unserem Hause  
hielt. Bald darauf kam mein Freund in mein Zimmer gelaufen  
und hat mich schnell hinuntergenommen, meinem Bruder sei ein  
Unfall zugefallen. Ich folgte ihm logisch und fand den Bruder  
auf einem Damm liegend, die rechte Hand in einer Schlinge.

„Hier sitzen deine beherzten Tolo, ich will nichts mehr mit  
ihm zu tun haben!“ rief er mir entgegen und erzählte, wie er  
beim Einsteigen in den Zug mit dem Tolo aus Geländer des  
Eisenbahnwagens gestiegen, dadurch ausgerathen sei und beim  
Fallen die rechte Hand verhängt habe. Er war überzeugt, daß ihm  
der Tolo diesen Streich gespielt hatte.

Sein Grinsen traf ich meinen Bruder, dessen Hand be-  
deutend besser war. Nur unter Fremden, der kann immer der erste  
sein, schilt. Wir warteten eine halbe Stunde, eine Stunde, erster  
Schwächer kam immer noch nicht. Unheil ahnend klopfen wir an  
seiner Tür; — — — keine Antwort. Als wir diese aufzissen,  
saher wir unsterblich Freund lächelnd auf dem Bette liegen. Sein  
Gesicht war schmerzhaft und ganz verzerrt. Nach einer Weile kam er  
wieder zum Bewußsein, und die Augen aufschlagend, fiel sein  
Blick auf mich.

„Bring mich zurück!“ rief er mir entgegen und erzählte, wie er  
beim Einsteigen in den Zug mit dem Tolo aus Geländer des  
Eisenbahnwagens gestiegen, dadurch ausgerathen sei und beim  
Fallen die rechte Hand verhängt habe. Er war überzeugt, daß ihm  
der Tolo diesen Streich gespielt hatte.

„Bring mich zurück!“ rief er mir entgegen und erzählte, wie er  
beim Einsteigen in den Zug mit dem Tolo aus Geländer des  
Eisenbahnwagens gestiegen, dadurch ausgerathen sei und beim  
Fallen die rechte Hand verhängt habe. Er war überzeugt, daß ihm  
der Tolo diesen Streich gespielt hatte.

„Bring mich zurück!“ rief er mir entgegen und erzählte, wie er  
beim Einsteigen in den Zug mit dem Tolo aus Geländer des  
Eisenbahnwagens gestiegen, dadurch ausgerathen sei und beim  
Fallen die rechte Hand verhängt habe. Er war überzeugt, daß ihm  
der Tolo diesen Streich gespielt hatte.

„Bring mich zurück!“ rief er mir entgegen und erzählte, wie er  
beim Einsteigen in den Zug mit dem Tolo aus Geländer des  
Eisenbahnwagens gestiegen, dadurch ausgerathen sei und beim  
Fallen die rechte Hand verhängt habe. Er war überzeugt, daß ihm  
der Tolo diesen Streich gespielt hatte.

„Bring mich zurück!“ rief er mir entgegen und erzählte, wie er  
beim Einsteigen in den Zug mit dem Tolo aus Geländer des  
Eisenbahnwagens gestiegen, dadurch ausgerathen sei und beim  
Fallen die rechte Hand verhängt habe. Er war überzeugt, daß ihm  
der Tolo diesen Streich gespielt hatte.

„Bring mich zurück!“ rief er mir entgegen und erzählte, wie er  
beim Einsteigen in den Zug mit dem Tolo aus Geländer des  
Eisenbahnwagens gestiegen, dadurch ausgerathen sei und beim  
Fallen die rechte Hand verhängt habe. Er war überzeugt, daß ihm  
der Tolo diesen Streich gespielt hatte.

„Bring mich zurück!“ rief er mir entgegen und erzählte, wie er  
beim Einsteigen in den Zug mit dem Tolo aus Geländer des  
Eisenbahnwagens gestiegen, dadurch ausgerathen sei und beim  
Fallen die rechte Hand verhängt habe. Er war überzeugt, daß ihm  
der Tolo diesen Streich gespielt hatte.

„Bring mich zurück!“ rief er mir entgegen und erzählte, wie er  
beim Einsteigen in den Zug mit dem Tolo aus Geländer des  
Eisenbahnwagens gestiegen, dadurch ausgerathen sei und beim  
Fallen die rechte Hand verhängt habe. Er war überzeugt, daß ihm  
der Tolo diesen Streich gespielt hatte.

„Bring mich zurück!“ rief er mir entgegen und erzählte, wie er  
beim Einsteigen in den Zug mit dem Tolo aus Geländer des  
Eisenbahnwagens gestiegen, dadurch ausgerathen sei und beim  
Fallen die rechte Hand verhängt habe. Er war überzeugt, daß ihm  
der Tolo diesen Streich gespielt hatte.

„Bring mich zurück!“ rief er mir entgegen und erzählte, wie er  
beim Einsteigen in den Zug mit dem Tolo aus Geländer des  
Eisenbahnwagens gestiegen, dadurch ausgerathen sei und beim  
Fallen die rechte Hand verhängt habe. Er war überzeugt, daß ihm  
der Tolo diesen Streich gespielt hatte.

Mehr hörte ich nicht; krachend schlug ich hinter mir die  
Ladentür zu, froh, den Unglücksgeist los zu sein.

Meinem Freunde ging es besser, als ich zurückkehrte, aber  
er war so schwach von dem Schrecken, den ihm Tolo während der  
Nacht eingejagt, daß er den ganzen Tag im Bett liegen mußte.  
Er war jetzt dieser Nacht wie umgewandelt, sein Gesicht wie ver-  
steinert. Während der ganzen Woche, die ich noch bei ihm zu Gast  
war, habe ich ihn nicht lachen sehen. (Mit besonderer Erlaubnis  
des Verlegers Strecker und Schröder in Stuttgart, dem neu er-  
schienenen Buche „Im Banne des Zaubers“ von Paul Vbt ent-  
nommen.)

### Das Atelierfest.

Humoreste von Carl Otto Winkler.

Freddy war Maler. Freddy war Bohemien. Das heißt:  
seine bemalte Leinwand kaufte höchstens noch ein bezogter Pro-  
vingler — in der Stadt dagegen war sein Kredit nahezu erschöpft.

Als Freddy sich eines Tages erinnerte, daß er in einer  
Woche die Wiederkehr seines Geburtstages zu feiern habe, hatte  
er in den vergangenen drei Tagen gerade einmal zu Mittag  
und zweimal zu Nacht gespeist, dreimal Kaffee getrunken und  
10 billige Zigaretten konsumiert. Aber diese Tatsache bedrückte  
ihn im Augenblick weniger, als der Gedanke an das kommende  
Wiegenfest. Die Depression des ungefüllen Magens über-  
windend, rettete er sich in einen gloriosen Gedanken hinein.

Schon früh am nächsten Morgen sah er bereits auf dem  
Platzhause eines kleinen Kaffeehauses eines Stadtbezirks, wohin  
noch keine Kenntnis seiner Existenz gedrungen war. Zuversichtlich  
bestellt er eine große Portion „Meinage“, 10 englische Zigaretten,  
und das umfangreiche Vordruck der Stadt. So begab er sich  
an die Ausführung der ersten Etappe seines Plans.

Lange Zeit konnte ihn der schlaftrübe Kellner beobachten,  
wie er raitlos, den Finger der einen Hand über die Reihen der  
Namen gleiten lassend, auf einen Zettel Notizen machte, Adressen  
und Namen vermerkte. Erst in der Mittagszeit klappte er endlich  
das Verzeichnis zu, — und gestand dem höflichen Kellner dann  
den völligen Mangel jeglicher Barmittel. Wenige Sekunden  
später schloß sich hinter ihm die Tür des Kaffeehauses.

In den nächsten Tagen sah man Freddy sehr viel auf der  
Straße. Unter dem Arm trug er eine geheimnisvolle Mappe,  
in der Hand den bekannten Zettel mit Adressen. Seine Freunde  
hätten gern auf einen Vertreterposten getippt, wenn Freddy's  
Gesicht nicht gar so vernünftig ausgesehen hätte. Außerdem hatte  
er sie alle zur Feier seines Geburtstages eingeladen. So wollten  
sie es nicht mit ihm verderben.

Freddy ging also kraup — kraup, treppauf — treppab.  
Sein Zettel gab ihm die nötigen Direktiven. Einmal Klingelte  
er an der Türschelle des Parterres, einmal an der des vierten,  
dritten oder ersten Stockwerks. Beim Rentier Barillon, beim  
Herrn Steuereinnnehmer Policard, Herrn Bürovorsteher Vinnot,  
oder dem alten Leutnant Savary. Beim Schneider X und beim  
Konditor Y. Wollte es aber der Zufall, daß ihm Madame ein-  
mal öffnete, so entschuldigte er sich in liebenswürdigster Weise  
und zog sich zurück. Traf er es aber, daß Monsieur in Schlafrod  
und bequemen Hausstühlen zur Türe heraustrat, so wurde die Be-  
grüßung herzlich, die Stimme sank zu einem bedeutamen Flüstern  
herab.

„Und dann“, so schloß er meist die Rede, „darf ich noch um  
eine kleine Beistener bitten, — zur Hebung der Stimmung, —  
Sie verstehen, — bitte, ganz wie Sie wollen, — ich darf mich  
aber darauf verlassen.“ Und bei achtundzwanzig oder dreißig  
Namen schüttelte man Freddy erfreut die Hand, — trug seinen  
Namen in die Liste ein, die mit wohlklingenden Namen reichlich  
gespickt war.

Fünf Tage waren mit diesen geheimnisvollen Vor-  
bereitungen bereits vergangen, als Freddy endlich erfüllt daran  
dachte, die letzte Etappe seines Planes in Angriff zu nehmen.

Am Sonntag war sein Geburtstag. Am Freitag morgen  
erhielt Freddy bei Margot, die gerade Besuch hatte. Er hat sie  
auf die Treppe hinaus und entwickelte ihr seine Idee. Aber sie  
tippte nur in bezeichnender Weise an ihre Stirn und entließ  
ihn ziemlich unzufrieden. Bitterlich drängt sie auch der Besuch der  
„Tante“ aus der Provinz zu dieser rathen Abfertigung.

Bei Kelly und Ninni ging es ihm ähnlich. Nur, daß Kelly  
ihn auslachte und Ninni ihn gar nicht empfing. Aber auch hier  
hing ein schwarzer Paletot am Kleiderbügel.

Bedrückt schlich Freddy durch die Straßen, als ihm Tolo  
einfiel. Tolo, die kleine Kollegin mit dem blonden Wuschelhaar.  
Wäre es ihm physisch möglich gewesen, die 70 Stufen zu  
Tolos „Atelier“ mit einem Satz zu überwinden, er hätte es  
getan. Tolo war seine letzte Hoffnung — der letzte Ausweg.

Tolo empfing ihn im Vorzimmer. Das war ihr Lieblingsaufent-  
halt. Als sie Freddy bemerkte, begann sie zu weinen.  
„Denke dir!“ schloß sie, „Marcel, der Schuft, hat mir den  
Abschied gegeben!“

„Aber das ist ja ganz famos!“ rief Freddy — aber er be-  
sann sich logisch. „Sei nicht böse, Tolo“, sagte er, ihre Hand  
fassend. Und mit dem Redefakt eines Versicherungsagenten  
begann er ihr seinen Plan auseinanderzusetzen.

Tolo war entzückt. Sie vergah ihre Tränen und ihr etwas  
bedenkliches Exterieur, sprang aus dem Bett und schlang ihre  
Arme um seinen Nacken. Freddy schob diese Tatsache Marcel's  
Abschiedsbrief zu und ließ es sich gefallen.

So kam der erarbeitete Samstag heran. In Hemdärmeln  
stand Freddy im vorderen Teil seines Ateliers. Der übrige Teil  
war durch einen dichten verschossen-grünen Vorhang abgeteilt, mit  
dem ihm Mabeleine, die Tochter des Confiere ausgeholfen hatte.

Freddy stand und dirigierte. In der Linken hielt er die  
Liste der eingeladenen Gäste, in der Rechten einen Bleistift.  
Dienstbote auf Dienstbote kam und ging. Das Dienstmädchen  
des Apothekers Dupont kam mit einem Korb voll Delikatessen.  
Leutnant Savary schickte einen Lohnkutscher mit kaltem Braten  
und vier Rippen Zigarren. Rentier Barillon ließ durch einen  
Tagameterkäufer zwei Rippen Wein bringen. Gepädträger  
und Messingbelegs gaben sich die Tüchlein in die Hand. Vor  
den 28 Borgemerkten hatten sich um 5 Uhr 25 ihrer Verpflichtung  
entledigt. Um 8 Uhr erwartete Freddy die Gäste zum Atelierfest.

Um sechs Uhr kam Tolo, Lustig und munter. Sie hatte  
Marcel getroffen und ihm nun ihrerseits den Abschied gegeben.  
Das war sie ihrer Eitelkeit verpflichtet gewesen. Um siebenun-  
halb Uhr endlich kam Mabeleine, die Tochter des Confiere mit  
ihrem drei Wochen alten Kinde, dessen Vater die Gerichte  
wegen der Beteiligung vergeblich ausfindig zu machen suchten.

Als um dreiviertel auf acht Uhr der erste Gast — der  
Leutnant Savary — in Cut und roter Krawatte an die Tür  
pochte, öffnete Mabeleine in bescheidenem weihem Häubchen und  
tief dekollierter Abendkleid Totos. Dem Leutnant ließ das  
Wasser im Mund zusammenfließen.

Um halb neun Uhr waren 24 der geladenen Gäste ver-  
sammelt. Voller Erwartung, voller Neugierde, voller mühsam  
gelammelten Ciprits. Nach war der Vorhang geschlossen.

Um dreiviertel auf neun Uhr aber schritt ein entsetzlicher  
Schrei durch das ganze Haus. Ein grauenerregender Schrei, der  
das Blut gefrieren machte.

Mabeleine verschwand sofort hinter dem Vorhang. Die  
enlehnten Gäste hörten ein Wimmern verklingen. — Wasser  
plätscherte sanft, — und dann — was war das — dann hörte  
leise ein ganz kleines Kind.

In diesem Augenblick erschien Freddy vor dem Vorhang.  
Er hatte seinen Rod ausgezogen und zeigte ein todernstes  
Gesicht.

„Meine lieben Gäste!“ sagte er mit tonloser Stimme, „ich  
lese mich gegönnt, Ihnen ein freudiges Ereignis mitzuteilen.  
Meine Frau ist todt eines gelunden kräftigen Jungen geseien.“

Ein Murmel ging durch die Versammlung. Man nahm  
die Hute. Man drückte Freddy schweigend die Hand — und ging.  
Als sich die Tür hinter dem letzten der braven Bürger  
schloß, — es war der Leutnant Savary — rief Tolo mit einem  
Zubehören den Vorhang auseinander. — Mabeleine kam  
bereits das siebente Glas Wein. Ihr Kind schlief schon wieder  
in Freddy's Bett.

Am nächsten Abend feierten Freddy's Freunde das fallige  
Geburtsfest.

# Volksmacht

für Schlefien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aussicht“, „Sozialistische Literatur-Anschauung“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Bezugspreis:** Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Tafelstraße 11, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu erlöschenden wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,30 Rml., monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einfr. Zustellungsgebühren 2,46 Rml.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschaltete Anzeigen aus Schlofen 70 Pf., Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittwochs 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

# Wie wollen unser Recht.

## Eine Mahnung.

Von Albert Grzesinski, Preussischer Minister des Innern.

Der Wahlerfolg der Sozialdemokratie ist größer ausgefallen, als die Gegner es befürchtet haben. Die schweren Verluste der Deutschen Nationalen haben klar und offen gezeigt, daß das deutsche Volk es satt ist, von der Rechten regiert zu werden. Das Ergebnis der Wahlen in Preußen und im Reich bedeutet eine nicht zu verkennende Abgabe an die Regierung des Bürgerblocks, eine Entscheidung für einen Linkskurs in Staat und Reich. Die deutsche Sozialdemokratie ist mit berechtigtem Stolz über das Ergebnis des 20. Mai erfüllt, aber die Freude über den Wahlsieg darf uns nicht sorglos machen in bezug auf die Auswertung der Wahlen. Nicht allein auf die Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften, ja nicht einmal so sehr auf die Zusammensetzung einer demokratisch-republikanischen Regierung, sondern auf die wirkliche Machtausübung, auf die Verwaltung und ihre Durchdringung mit republikanisch-demokratischem Geiste, durch republikanisch und sozial eingestellte Männer, kommt es wesentlich an.

Es gilt, aus den sozialdemokratischen Stimmzetteln weitere wirkliche Verwaltungsmacht herauszuholen. Das allein ist meines Erachtens der Sinn der Stimmabgabe von Millionen Proletariern für die Sozialdemokratie. Sie haben damit den Willen kundgetan, die große Partei der Arbeiterschaft und die Arbeiterschaft überhaupt mehr als bisher an der Regierung und der Verwaltung der Geschicke der Allgemeinheit, also des Staates, zu beteiligen. Nur dann geht die Staatsgewalt wirklich vom Volke aus, wenn alle Schichten des Volkes, vor allem die stärkste Schicht — das arbeitende Volk — auch an der Verwaltung maßgebend beteiligt sind. Ich will nicht Stellung nehmen für oder gegen eine Koalition, das ist eine rein taktische Frage. Es kommt vor allem darauf an, daß die Vertreter der Arbeiterschaft gemäß ihrer Stärke und Bedeutung im Staate, in Regierung und Verwaltung vertreten sind und Sicherheit für die Anwendung der Gesetze in ihrem Sinne geschaffen wird. Wie wesentlich eine Gestaltung des Staatsapparates in dieser Richtung ist, habe ich in der Öffentlichkeit oft betont. In der Theorie erkennen es gelegentlich auch bürgerliche Politiker an.

Aber Theorie und Praxis stimmen auch hier oft nicht überein. Darum erscheint es mir notwendig, gerade jetzt, nachdem das Ergebnis des 20. Mai zu übersehen ist, einmal ein offenes Wort auszusprechen. Nicht nur bei den Rechtsparteien, auch bei den bürgerlichen republikanischen Parteien ist in den letzten Jahren immer wieder eine Tendenz aufgetaucht, die gerade die Sozialdemokratie als Partei der deutschen Arbeiterschaft zwingt, wachsam zu sein. Die Sozialdemokratie ist ihnen gut genug, durch ein Aufgebot von vielen Millionen Stimmen die Basis für eine republikanische Regierung zu schaffen. Aber nur ungerne und widerwillig läßt man sich herbei, der Sozialdemokratie auch das Recht zuzubilligen, in den Verwaltungsapparat Vertreter der Arbeiterschaft hineinzuführen. Die gleiche Einstellung findet sich auch den Arbeiterkreisen gegenüber, die der demokratischen Partei oder dem Zentrum angehören. Diese Einstellung ist es, die den Vorkriegsstaat beherrscht hat, in dem sich gerade das werktätige arbeitende Volk vom Staate als minderen Rechts, als Bürger zweiter Klasse behandelt fühlte. Es ist bedauerlich, daß bis weit in die Kreise der republikanischen Parteien hinein Reste dieser Einstellung auch heute noch vorzufinden sind. Gewiß, man sagt das nicht so mit deutlichen Worten. Nein, da wird vielmehr darauf hingewiesen, daß es im Interesse des „Berufsbeamtentums“ nötig sei, nur in den seltensten Fällen auf Außenseiter zurückzugreifen. Es sei doch nicht angängig, auf leitende Posten in der Verwaltung Männer oder Frauen zu setzen, die nun einmal nicht das vorgezeichnete Maß an Bildung und Kenntnis auf dem regulären Bildungsgang sich erworben hätten. Immer wieder haben die bürgerlichen republikanischen Parteien z. B. versucht, unter dem Vorwande, daß nun einmal in der Sozialdemokratischen Partei nicht genügend vorgebildete Verwaltungsbeamte vorhanden wären, aus ihren Reihen juristisch vorgebildete Personen auf verantwortliche Posten zu bringen, obwohl auf dieses Amt nach der

politischen Zusammensetzung der Bevölkerung in erster Linie die Sozialdemokratie einen Anspruch hatte.

Es ist nun einmal so, daß der Dünkel auf Bildung und Besitz auch in den republikanischen Parteien noch stark und fast ungebrochen vorhanden ist. Gerade wer in Preußen in den letzten Jahren ein wenig hinter die Kulissen der politischen Arbeit geblickt hat, weiß das. Der Glaube an das Vorrrecht und die Ueberlegenheit, die das akademische Fachstudium verleiht, ist in Deutschland heute fast genau so ausgeprägt, wie in der Vorkriegszeit. Die deutsche Arbeiterschaft weiß sehr wohl den Wert von Kenntnissen zu schätzen, aber die politische Arbeiterbewegung in Deutschland, die in den Jahrzehnten ihrer Kampfzeit vor dem Kriege aus ihren eigenen Reihen, aus ihrer eigenen Klasse eine Fülle von Männern und Frauen hervorgebracht hat, die aus eigener Kraft sich Kenntnisse erworben haben im harten Lebenskampf und mühseliger Selbstschulung, ist frei von jeder Ueberhöhung des sogenannten „Fachwissens“.

Es ist deshalb notwendig, gegenüber den Stimmen, die in der bürgerlichen republikanischen Presse in den letzten Tagen hier und da laut geworden sind, die auch im Wahlkampf in Wort, Schrift und Bild zu vernehmen waren, und die geringfügig von einer „Partei der Massen ohne Köpfe“ sprachen, klar und deutlich zu betonen: Die deutsche Sozialdemokratie wird ihren Anspruch auf Teilnahme an der Staatsverwaltung nachdrücklich weiter fordern und absolute Gleichberechtigung für die Arbeiterschaft verlangen. Sie besitzt genügend Kräfte, um den Anforderungen, die an sie gestellt werden können, gerecht zu werden. Die Wählererschaft hat gesprochen, die Sozialdemokratie ist bereit und fähig, gemäß der Entscheidung des deutschen Volkes auszuhandeln.

## Wirth über den Wahlausfall.

Frankfurt a. M., 23. Mai. (Eig. Bericht.) Die neueste Nummer der „Republik“ enthält einen Artikel von Joseph Wirth, in dem es unter dem Titel „Die Kundgebung des Volkes“ u. a. heißt:

„Die preussische Regierungspolitik ist in ihrer Gesamttendenz durch das Votum der preussischen Wähler bestätigt worden. Die vorherrschende Partei hat hier ein Vertrauensvotum erhalten genau so wie die vorherrschende Partei in der Reichsregierung, die Deutsche Nationalen Volkspartei, mit einem Mißtrauensvotum deutlicher Art beauftragt worden ist. Die drei bürgerlichen Parteien der Mitte müssen einen Verlust von 77+77 Mandaten im Reichstag beklagen. Das ist bei der Volkspartei und dem Zentrum etwas ganz Neues. Offenbar bricht in der Mitte das wirtschaftliche Interesse durch, es künden sich Scheidungen an, die nach der ganz einfachen Alternative zu verlaufen scheinen: Hier wirtschaftspolitischer Konservatismus und Individualismus, hier sozialwirtschaftlicher Fortschritt. Das Ideenmäßige tritt zurück, nicht einmal der mit Herrn Dr. Stresemann getriebene Personalult reicht aus, um der Ideologie des volksparteilichen Liberalismus den erhofften Anstich zu geben. Auch die „liberale“ Haltung der Deutschen Volkspartei im Schulkampf vermochte keinerlei Zuwachs an Stimmen zu bringen. Hier steht die Deutsche Volkspartei vor derselben Entfremdung, wie mit ihr die Demokraten und auf der anderen Seite das Zentrum.“

Diese Ergebnisse sind überaus interessant. Die Klassen-scheidung bricht in die Weltanschauungs-Parteien „mit sichtbarem Vorstoß“ ein.

## Antrag auf Auflösung des sächsischen Landtages.

Im sächsischen Landtag ist ein Antrag auf Auflösung eingegangen. Er wird damit begründet, daß die gegenwärtige Zusammensetzung des Parlaments dem Willen des Volkes nicht mehr entspreche. Eine andere Anfrage verlangt Aufklärung darüber, ob Rhodogen außer in Rudwischhafen auch nach in Rabedeul im Freistaat Sachsen fabriziert wird. Die Regierung soll im beabsichtigten Falle gleichzeitig Auskunft darüber geben, ob bei der Fabrikation und deren Aufbewahrung in Rabedeul jede Gefahr für die Bevölkerung ausgeschlossen ist.

## Mobile hat den Nordpol überflogen.

Oslo, 24. Mai. Wie dem Norwegischen Telegraphen-Büro aus Spitzbergen gemeldet wird, hat die „Italia“ gegen Mittag nach dem Nordpol überflogen. Ob eine Landungsmannschaft ausgesetzt worden ist, ist noch nicht bekannt.

## Zur Frage der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie.

Kr. Nachdem das Wahlergebnis soweit feststeht, daß Veränderungen, die eine fühlbare Verschiebung in den parlamentarischen Machtverhältnissen herbeizuführen geeignet sind, auch bei der Nachprüfung der Stimmengählung nicht mehr zu erwarten sind, ist es an der Zeit, uns zu fragen, was nun werden soll. Das aber heißt praktisch, welche Konsequenzen in bezug auf die Regierungsbildung aus dem Wahlergebnis zu ziehen sind. Es heißt ferner, wie die Sozialdemokratie sich in dieser Lage verhalten soll. Bevor wir jedoch die praktisch-politischen Folgerungen ziehen, ist es notwendig, einige allgemeine und grundlegende Betrachtungen über die Taktik unserer Partei anzustellen.

Die vor einigen Jahren monatelang mit Leidenschaft in unserer Partei geführte Diskussion über die Koalitionsfrage, die zu einer allgemeinen Einigung damals nicht führte, hat doch insofern zu weitgehender Uebereinstimmung unter den verschiedenen Gruppen und Auffassungen in unserer Partei geführt, als diejenigen, die damals die Teilnahme an der sogenannten großen Koalition befürworteten, und diejenigen, die sie ablehnten, beide in gleicher Weise der Meinung waren, daß es sich bei der Frage, ob die Sozialdemokratie sich an einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien beteiligen kann und soll, und mit welchen bürgerlichen Parteien sie gegebenenfalls zusammengehen kann, lediglich um eine taktische Frage handele, die von Fall zu Fall besonders geprüft und beantwortet werden muß, und nicht um eine grundsätzliche Frage, die man für immer beantwortet. Daß man daher auch nicht ein für allemal sagen könne, wie es die Kommunisten tun, wir beteiligen uns nie an einer Koalition mit bürgerlichen Parteien oder wenigstens nicht mit bestimmten bürgerlichen Parteien, und daß man andererseits auch nicht sagen kann, wir beteiligen uns in jedem Falle an einer solchen Koalition, wenn wir nicht allein die Regierung bilden, aber eine Koalition abschließen und dadurch verhindern können, daß eine einseitig sozialistenfeindliche rein bürgerliche Regierung entsteht. Je nach dem jeweils gegebenen Kräfteverhältnis sei diese Frage verschieden zu beantworten. Allerdings war man sich auch weitgehend darüber einig, daß es für die Koalitionsbereitschaft in jedem Falle eine bestimmte Grenze gebe, die allgemein als erreicht galt, wenn wir in der Koalition nur einen so geringen Einfluß haben würden, daß die Regierung tatsächlich von einer einseitig sozialistenfeindlichen, rein bürgerlich-kapitalistischen Regierung kaum noch zu unterscheiden wäre, wenn wir also nicht bestimmte, freilich in jedem Falle besonders aufzustellende Mindestforderungen nicht durchsetzen könnten und nicht ein bestimmtes Maß tatsächlichen Einflusses und wirklicher Macht eingeräumt erhielten. Denn die Sozialdemokratie sei nicht dazu da, als bloßes Anhängsel für eine im Wesen arbeitserfeindliche Regierung zu dienen. Keine Einigung wurde dagegen über die Frage erzielt, wo diese Grenze liegt, und ob sie in allen Fällen an der gleichen Stelle zu finden oder je nach der politischen Gesamtlage im jeweils gegebenen Augenblick verschiebbar ist. Freilich wurde dann später dieses Ergebnis der Diskussion wieder vergessen oder fallen gelassen, und es entwickelten sich auf der einen Seite wieder mehr oder weniger grundsätzliche Koalitionsgegner in der Partei, auf der anderen Seite mehr oder weniger grundsätzliche Koalitionsfreunde. Sehr zu Unrecht. Handelt es sich doch in dieser Frage stets nur um eine Frage nach dem politischen Mittel, nicht aber um die Frage nach dem politischen Ziel. Steht das Ziel, das man erstrebt, fest, und in ihm finden sich alle Sozialisten, so ergibt sich das Mittel aber nicht allein aus diesem Ziel, sondern aus seiner Berücksichtigung und aus der Berücksichtigung der Beschaffenheit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die man vorfindet und die es umzugestalten gilt, insbesondere aus den jeweils gegebenen gesellschaftlichen Machtverhältnissen und den politischen Kräfteverhältnissen in und natürlich auch außerhalb des Parlaments. Dieses politische Kräfteverhältnis ist aber in den einzelnen geschichtlichen Augenblicken verschieden. Somit kann das politische Mittel niemals in allen Lagen dasselbe sein, sondern es muß sich nachgeboten mit der Veränderung der politischen Lage wandeln und sich der jeweils gegebenen Lage anpassen. Dies zu Anfang der zu erwartenden Diskussion in der Partei über das Problem der Regierungsbildung im neuen Reichstage entschieden zu betonen, ist dringender notwendig, soll die kommende Diskussion nicht in ein unfruchtbares Aneinander vorbeireden ausarten.

In Konsequenz dieser Auffassung haben wir es abgesehen, über die Frage der Regierungsbildung im neuen Reichstage und der Regierungsbildung uns vor den Wahlen zu äußern. Nach dieser Auffassung war das unmöglich, weil diese Frage eben nur auf Grund der durch die Wahlen erst geschaffenen Lage beantwortet werden kann. Ein Festlegen der Partei vor den Wahlen mußte zu einer Aufhebung der politischen Bewegungsfreiheit der Partei und damit zur Lähmung ihrer politischen Aktivität führen. Das wäre ungefähr so gewesen, als wenn ein Schachspieler sich vor Beginn des neuen Spieles nicht nur einen allgemeinen Plan, eine Grundidee für das bevorstehende Spiel zurechtlegen würde, sondern sich in jenem Zeitpunkt schon be-

stimmte Einzelzüge fest vornehmen würde, ohne abzuwarten, welche Gegengänge der Gegner machen wird. Der Verlust des Spieles wäre die einzige, sehr bald eintretende Folge. Aus diesen Gründen hielten wir es auch für richtig, nicht schon am ersten Tage nach der Wahl zur Frage der Regierungsbildung Stellung zu nehmen, sondern zuvor erst einmal das neu gestaltete politische Gelände ein wenig abzutasten.

Aber es ist nicht nur erforderlich, die Natur des Problems in der oben verjuchten Weise klarzustellen, sondern es ist auch notwendig, kurz zu unterrichten, in welchem Geist wir an die Frage der Regierungsbildung heranzutreten wollen. Da ist folgendes zu sagen. Es ist gewiß richtig, daß die bloße politisch-formale Demokratie noch lange nicht die wirkliche Demokratie ist, die wir Sozialisten erstreben, daß daher mit der Erreichung dieser politischen Demokratie unser Ziel bei weitem noch nicht erreicht ist. Es ist auch richtig, daß die politische Demokratie für uns nur als Mittel zum Zweck Bedeutung und Wert hat, und nur so viel Wert, wie sie geeignet ist, unser eigentliches Ziel uns erkämpfen zu helfen. Aber solange uns kein besseres Mittel für die Erreichung unserer Ziele zur Verfügung steht — und tatsächlich steht uns keines zur Verfügung, da sich die Methode des gewaltsamen Umstürzes, die überdies nur in bestimmten, sehr selten gegebenen beschränkten Situationen anwendbar ist, nicht nur bei uns, aber bei uns vor allem ebenso wie die Methode der Diktatur einer kleiner Minderheit als untauglich für die Erreichung unserer Ziele erwiesen hat — ist die politische Demokratie eben doch unser wichtigstes Kampfmittel, der beste Boden für unseren Kampf. Daß sich auf diesem Wege auch tatsächlich weiter kommen läßt, hat gerade das neue Wahlergebnis gezeigt. Denn wenn man sich auch über das erzielte Kräfteverhältnis im Reichstage keinen Illusionen hingeben darf, daß das Proletariat als Ganzes der Eringung der Mehrheit im Parlament und damit der vollen Machtausübung im Staate einen guten Schritt näher gekommen ist, beweist allein schon die Tatsache, daß für die Sozialdemokraten fast 12 1/2 Millionen Stimmen von 36 Millionen abgegeben worden sind und daß die proletarischen Parteien bereits wieder 42,1 Prozent aller Sitze besetzen und damit den bisherigen Höchststand in der Nationalversammlung schon fast wieder erreicht haben. Mit Recht betont der „Vorwärts“, daß ein neuer, ebenso starker Mandatszuwachs der beiden Parteien, wie er diesmal erzielt wurde, ihnen die Mehrheit bringen muß. Dann aber ist, vorausgesetzt, daß die Kommunisten dann praktische Politik treiben, eine Etappe erreicht, die uns auch auf dem Wege zum Sozialismus sehr viel weiter bringen muß. Daß dieses Ziel aber nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt, beweist die Tatsache, daß diesmal zum ersten Male in größerem Umfange die bisherigen Zentrumsarbeiter für eine der proletarischen Parteien gestimmt haben. Das zeigt, daß die Möglichkeit, das große Kräfteverhältnis, das in den Arbeitermassen, die bislang noch den bürgerlichen Parteien folgen, für die sozialistische Bewegung vorhanden ist, für uns zu gewinnen, sehr wohl gegeben ist. Eben deshalb müssen wir trotz der Einsicht in die Bedingtheit ihres Wertes auch die politische Demokratie bejahen, mit Zähnen und Klauen verteidigen, zumal gegen den Faschismus und die Diktatur, und sie auch für unsere Zwecke gebrauchen. Dann aber müssen wir auch das sogenannte parlamentarische System, die parlamentarische Regierungsform anerkennen und verteidigen, ja, sie für unsere Zwecke benutzen, ist es doch der unmittelbare Ausdruck eben jener politisch-formalen Demokratie. Daraus aber folgt weiter, daß wir auch den Anforderungen genügen müssen, die dieses parlamentarische System an uns stellt, da wir es sonst diskreditieren, ja unmöglich machen. Wir dürfen daher, wenigstens vorerst noch, keine Politik treiben, die geeignet ist, das parlamentarische System zu kompromittieren oder gar lahm zu legen. Das aber bedeutet, daß, wenn wir die Sieger in einem Wahlkampfe sind oder wenn wir die bisherige Regierung gestürzt und die bisherige Parlamentsmehrheit geschlagen haben, uns die Verantwortung für die Mehrheits- und Regierungsbildung zufällt.

Oder von einer anderen Seite betrachtet: Gewiß ist der bestehende Staat noch nicht unser Staat, wenn er auch eine Republik, mehr noch eine politisch-demokratische Republik ist. Gewiß ist der bestehende Staat im großen und ganzen noch ein Klassenstaat, eine Herrschaftsorganisation der Kapitalistenklasse. Gewiß verneinen wir den Staat noch, so wie er gegenwärtig beschaffen ist, in seinem wirklichen Wesen, trotz der äußeren Form, die er seit 1918 annahm. Wenn wir aber einen Staat schaffen wollen,

der unser Staat ist, den Klassenlosen, sozialistischen Staat, so kann das nur geschehen durch stufenweise Umbildung des bestehenden Klassenstaates, nicht aber dadurch, daß wir zuerst jede politische Organisation der Gesellschaft zerbrechen und ein gesellschaftliches Chaos erzeugen, um dann aus den Trümmern und auf den Trümmern des alten Staates eine ganz neue politisch-rechtliche Organisation der Gesellschaft zu schaffen. Wir müssen uns außerdem zu diesem Zweck nach Möglichkeit des bestehenden Machtapparates, der bestehenden Staatsorganisation selbst bedienen, indem wir versuchen, diesen Apparat in unsere Hand zu bringen. Das erreichen wir gewiß nicht allein dadurch, daß wir uns der Spitze dieser Organisation bemächtigen, vielleicht ist das sogar nicht einmal das wichtigste, weil praktisch wirksamste. Wir dürfen aber den Einfluß auf die leitenden Stellen dieser Organisation auch nicht auf jeden Fall verschmähen, wenn wir die Spitze in die Hand bekommen können, auch nicht, wenn wir sie nur zum Teil in die Hand bekommen können. Wir dürfen zwar nicht den Machtzuwachs überschätzen, den wir dadurch erlangen, wir dürfen ihn aber auch nicht zu gering achten und ihn auf alle Fälle verschmähen, weil wir ihn für bedeutungslos halten. Die Sozialdemokratie ist zwar groß geworden, ohne Einfluß auf die Spitze des Staatsapparates zu haben oder ihn gar ganz oder teilweise in der Hand zu haben. Auf diese Weise läßt sich aber nur ein gewisser, begrenzter Machtzuwachs erreichen. Mehrere Macht läßt sich über diese Grenze hinaus nur steigern, wenn wir nun auch die Spitze des Staatsapparates mehr und mehr in die Hand bekommen. Das hat die Sozialdemokratie auch von jeher genau gewußt, deshalb hat sie so heiß um den Einfluß auf die Spitze der Staatsorganisation gekämpft. Das war ja schon der letzte Sinn all der großen Wahlrechtskämpfe, die die Sozialdemokratie jahrzehntelang unter Aufbietung aller Kräfte geführt hat. In Wirklichkeit geht denn auch seit Jahrzehnten all unser Bemühen dahin, in den Staatsapparat einzubringen, sei es unten, sei es oben, sei es in der Mitte der Pyramide der Staatsorganisation. Würden wir aber verjamen, auch die Spitze wenn nicht gleich ganz, so doch wenigstens zum Teil in unseren Besitz zu bringen, so würde sich die Spitze gegen uns kehren und in der Form der feindschaftlichen Diktatur würde uns die herrschende Klasse von oben her auch aus den unteren Stufen der Staatsorganisation wieder verdrängen. Deshalb sagte schon Rosa Luxemburg mit Recht auf dem Gründungsparlament der Kommunistischen Partei Deutschlands: „Leider find wir noch nicht so weit, um durch den Sturz der Regierung den Sieg des Sozialismus zu sichern. Die Machteroberung soll nicht eine einmalige, sondern eine fortwährende sein, indem wir uns hineindrücken in den bürgerlichen Staat, bis wir alle Positionen besetzen und sie mit Zähnen und Nägeln verteidigen. Die Masse muß, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben. Es gibt kein anderes Mittel, ihr das beizubringen.“ Dazu gehört aber auch, die Regierung in die Hand zu bekommen, ganz oder teilweise, wenn anders das möglich ist, ohne daß andere Machtpositionen deshalb aufgegeben werden müssen, und ohne daß eine Machtverringering, die größer ist, als die auf diese Weise errungene Macht, an anderer Stelle dadurch herbeigeführt wird. Dann freilich bedeutet die Eroberung dieser neuen Machtposition keinen Machtzuwachs, sondern eine Machtverringering und in diesem Falle müßte sie dann freilich unterbleiben. Diese Frage wäre daher bei jeder Regierungsbeteiligung zu prüfen.

Hilferding hat in seinem viel diskutierten Rieser Referat vieles gesagt, was wir nicht unterschreiben können. Er hat zum Beispiel eine Staatsauffassung vertreten, die wir recht anfechtbar finden, eine Staatsauffassung, auf die unseres Erachtens die der bürgerlichen Demokratie in manchen Punkten zu stark abgefaßt hat. Außerdem war ein Teil seiner Ausführungen sicherlich illusionistisch. Aber in einem Punkt (auch noch in einigen anderen) hatte er höchlich recht: Wenn auch heute die Republik als gesichert, die Monarchie in Deutschland als endgültig erledigt angesehen werden kann (was bedeutet, daß alle die, die als einzigen Punkt ihres politischen Kampfes den Sturz der Republik auf ihre Fahne geschrieben haben — und solche gibt es — stark hinter der Entwicklung herhinken), wenn es sich auch heute darum handelt, der bloßen Form der demokratischen Republik wirklich demokratisches Leben vor allem auch auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet einzubringen, sie zu einem Sozialstaat, ja zu einem sozialistischen Staat zu machen, was etwas ganz anderes und viel mehr ist, so ist die Aufgabe der Verteidigung der politischen Demokratie doch noch nicht gelöst. Denn in dem

Kampfe des Sozialismus um die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft ist aus dem Schoß des Kapitalismus und als neue Waffe des Kapitalismus in seinem Klassenkampf der politischen Demokratie, und zwar in ihrer Eigenschaft als Waffe der sozialistischen Bewegung, der Arbeiterklasse und damit auch dem Sozialismus ein neuer, viel gefährlicherer Gegner entstanden: der Faschismus mit seinem Streben nach einer brutalen Diktatur einer kleinen Gruppe von Kapitalisten über die Gesellschaft und vor allem das Proletariat. Gewiß, die entscheidende politische Frage ist heute nicht mehr Republik oder Monarchie (sie kann es schon deshalb nicht mehr sein, weil der Begriff der Republik viel zu unklar und vieldeutig ist, und auch eine sozial sehr reaktionäre Staatsauffassung unter sich begreifen kann), aber die Frage ist die: Demokratie oder feindschaftliche Diktatur. Diese Frage aber ist lebenswichtig gerade auch für die Arbeiterklasse und die sozialistische Bewegung. Diesen neuen Gegner gilt es zu bekämpfen, zu ersticken, ehe er groß wird. Die ganze oder auch nur teilweise Beherrschung der Spitze des Staatsapparates kann uns dabei aber gute Dienste leisten, wie die Erfahrung der letzten Jahre deutlich gezeigt hat. Auch deshalb also haben wir ein Interesse daran, Einfluß auf die Regierung zu bekommen.

Freilich nur unter einer Bedingung: Wir müssen einen so starken Machtzuwachs dadurch erhalten, daß etwaige Machtverringeringungen, die auf anderen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens mittelbar dadurch entstehen können, durch ihn mehr als ausgeglichen werden. Wir müssen in der Regierung so stark sein, daß die Regierung nicht nur formell, sondern auch tatsächlich den Charakter einer Klassenregierung des Kapitalismus verliert, daß wir wesentlich die Politik des Kabinetts und der hinter ihr stehenden Reichstagsmehrheit bestimmen. Wir dürfen auf keinen Fall in einer solchen Regierung eine Nebenbuhlerrolle spielen.

Wird diese Bedingung erfüllt werden, wenn wir jetzt in die Reichsregierung eintreten, sei es allein oder sei es mit anderen bürgerlichen Parteien, und wie kann und darf die Regierung schlimmsten Falls zusammengesetzt sein, damit diese Bedingung noch erfüllt wird? Das sind die praktischen Fragen, vor denen wir anlässlich der Neubildung der Reichsregierung stehen. Jeder Unternehmung wollen wir uns morgen zuwenden. Wir werden dazu noch einmal eingehend das durch die Wahlen neu geschaffene Kräfteverhältnis im Reichstag analysieren müssen.

## Das Geld soll wieder gutmachen, was der Geist schlecht gemacht hat.

In der „Schlesischen Volkszeitung“, dem Hauptorgan des Zentrums in Mittelschlesien, ist in der Morgenausgabe von Mittwoch, den 23. Mai, unter der Rubrik „Schlesien“ ein Aufruf der Parteileitung des Niederschlesischen Zentrums abgedruckt, der ein merkwürdiges Licht auf die Geistesverfassung des Zentrums wirft. Nach schlechdigem Klagen über die wohlverdiente Wahlniederlage des Zentrums wird, um diese Scharte wieder auszuweichen, die Mitgliedschaft aufgerufen, möglichst starke Geldmittel der Partei zur Verfügung zu stellen. Insbesondere werden die wohlhabenden Mitglieder der Zentrumsparterie aufgefordert, die Parteikasse durch größere Zuzahlungen zu stärken. Mit diesen Mitteln will die Partei dann Schulkurse einrichten, weil sich herausgestellt hat, daß die Parteimitglieder des Zentrums, besonders in den ländlichen Bezirken, einen großen Mangel an politischer Bildung und Schulung zeigen.

Mit anderen Worten, die Niederlage des Zentrums ist anzuschuldigen auf das geistige Versagen der Zentrumsparterie. Dieses Versagen soll dadurch wieder ausgeglichen werden, daß das im Zentrum organisierte Großkapital mit Geld die Zentrumsmitglieder bearbeitet, um sie auf den rechten Weg zu bringen. Das Geld soll wieder gutmachen, was der Geist nicht leisten konnte.

## Berufung im Standesherrnenprozeß.

Berlin, 24. Mai. Vom preussischen Staat ist gegen die drei Urteile des Landgerichtes Münster im Prozeß der Standesherrnen Herzog von Arenberg, Fürst Salm-Salm und Fürst Salm-Horstner um Aufhebung ihrer Rentenansprüche bei dem Oberlandesgerichte Hamm Berufung eingelegt worden.

## Benizelos mit der Kabinettsbildung betraut.

Berlin, 24. Mai. Nach der Meldung eines Berliner Blattes aus Athen hat der griechische Staatspräsident Benizelos mit der Kabinettsbildung betraut.

# Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.  
Copyright 1927 by Wolff-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

142 (Nachdruck verboten.)

„Eben läßt mich also bespitzeln!“ rief Bunny, nahe daran, ebenfalls einen Mutanfall zu bekommen.

„Unfinn!“ erwiderte Bertie. „Es war der französische Geheimdienst, glaubst du denn, daß die Regierung nicht an dem Weg der hochgewinnlichen Propaganda auf der Spur ist? Oder daß man dir gestatten wird, dieses Land als Mittelpunkt einer Verschwörung gegen den Frieden Europas zu benutzen?“

„Sind die Leute wirklich dumm genug, zu glauben, sie könnten mich hindern, heimzuberühren, was ich in Wien erfahren habe?“ fragte Bunny. „Ich werde den Artikel noch einmal schreiben und ihn allen Spitzeln zum Trotz nach Amerika gelangen lassen.“

Da brach Bertie zusammen und weinte. „Von allen Ländern der Welt müßt du dir ausgerechnet Rumänien aussuchen! Ich habe Dräbe gezogen, um mit Bernes Hilfe in Washington und mit Herrin Marzessas Unterstützung in Bukarest dort für Euren einen hohen Posten zu erlangen. Und jetzt kommst du daher und beschmüzt uns mit deinem Dred!“

Sie hatte noch mehr zu sagen: „Du blinder Narr, nicht du denn nicht, daß Herrin Marzessa sich für Bi interessiert? Willst du sie ihm überlassen? Der Prinz wird natürlich von dieser Gelegenheit durch die französische Regierung hören, die Rumänien gegen Rußland bewaffnet. Wie, wenn er nach Paris zurückkommt und dich zum Dred forderte?“

Und der junge Fredrichs erwiderte: „Wir werden mit Tennisschlägern kämpfen.“

### IV.

Dann aber kam es zur Krise. Bunny erhielt einen Brief, der lautete: „Herrin Marzessa hat sich entschieden, daß sie den Vertrag auf und las.“

„Mein lieber Sohn, ich bin für eine kurze Zeit in dieser Stadt. Willst du mit mir zum Mittagessen? In Erinnerung an alte Zeiten Dein Vater Paul.“

Bunny lächelte nun bereits vierundzwanzig Jahre, doch war ihm auch jetzt jenseits wie vor elf Jahren in Frau Marzessas Haus, da er vom Vater fortgeschickt war und geraten hatte: „Paul! Paul! Wo sind Sie? Bitte, gehen Sie nicht fort!“ Er

hatte eine Verabredung mit Bi, doch machte er sich frei; er veranlagte Bertie, Bi zu einem jener diplomatischen Tees einzuladen, wo man die Ehe hatte, dem Prinzen I und der Fürstin II vorgewiesen zu werden. Dann eilte Bunny nach dem billigen Hotel, wo der Freund wohnte.

Paul war hässlich und abgerichtet. Man reißt nicht nach Moskau, um die zu werden. Aber auf seinem ersten Gesicht traf die Hölle des Fanatismus, — jenes Fanatismus, den kein Bruder Eli die Herrlichkeit des Herrn I. hatte. Der Vater hätte erklärt, die beiden Brüder seien gleich verurteilt; Bunny jedoch war anderer Ansicht. Er verpöbelte Elis Gott, glaubte aber an jenen Pauls, zumindest so weit, um in seiner Gegenwart zu erscheinen. Paul hatte abermals unter einer Arbeiterregierung gelebt, diesmal jedoch nicht als amerikanischer Lohnmann, als Erbeiterführer in Uniform, sondern als freier Mann und Herr der Zukunft. In dem trüblichen dunklen Zimmer sah Bunny einem Apfelmännchen gegenüber; Paul mit dem düsteren, entschlossenen Gesicht und den arbeitsergebnissen Händen war die Verkörperung des revolutionären Proletariats.

Und die Kinder, von denen er bezüchtete, waren echt. Jetzt ein geistiges Wunder: ein Hundertmillionenwoll, proklamiert keine Herrschaft und führt keine Herren, die Ausbeuter, Könige, Priester, Kapitalisten, die ganze Parapientenwunde. Jüngling aber auch ein physisches Wunder, denn dieses Hundertmillionenwoll beherrschte ein Sechstel der Erdoberfläche, schaffte eine neue Kultur, ein Werk für die Zukunft. Es ist zwar noch arm, denn es hat ein zugrunde gerichtetes Land übernommen. Aber was bedeuten einige Jahre, ein wenig Hunger im Vergleich zu den jahrhundertelangen Hölterqualen, die es überlebt hat?

Paul schloß die Augen, was er in Moskau gelebt: vor allem die Jugendbewegung, eine ganz neue Generation, die frei und mit klarem Willen herangezogen wird, die die natürlichen Lasten kennt, dem Proletariat dient, tritt auf seinem Rücken emporklimmen und ein Sechstel der Planeten zu gründen. Aber erst jetzt sah man diese jungen Kommunisten, in Klassenkammern, auf Speisestuben, auf den Straßen, anstrebend, jugendlichen Nebenlaufenden vor ihnen geföhren; sie hatten er etwas Bedeutungsvolles erlebt. Nun gab es in seinem Leben nur noch ein Ziel: den jungen Arbeitern Anstalten von den jungen Arbeitern Rußlands zu berichten. Er begann damit, indem er Bunny davon erzählte.

Er sprach über die Kongresse, denen er beigewohnt hatte, jene internationalen Zusammenkünfte, wo die zukünftige Politik der Parteien aller Länder festgelegt wurde. Selbstverständlich er-

hob Bunny dagegen Protest. „Glaubst du wirklich, Paul, daß die amerikanische politische Partei ihr Vorgehen von einem fremden Land bestimmen lassen kann?“

Paul lächelte. „Freilich ist das nicht so einfach; die russischen Führer können nur schwer begreifen, wie rückständig Amerika ist. Aber was kann man sonst tun. Entweder man erzieht eine Weltordnung, oder nicht. Läßt man aber die Parteien der verschiedenen Länder selbst ihr Vorgehen bestimmen, so steht man genau dort, wo man vor dem Krieg stand, hat Leute, die sich Sozialisten nennen, im Namen des Sozialismus über Nacht verfügen, tatsächlich jedoch Patrioten sind, bereit, die Ausbeuter des eigenen Landes im Krieg gegen die Ausbeuter anderer Länder zu unterstützen.“

Und gerade diese Gefahr bedroht die Menschheit und kann nur durch die Dritte Internationale verhindert werden, durch eine Weltdiktatur, die ihre Befehle durchsetzt. Die Weltdiktatur des Proletariats aber hat ihren Sitz in Moskau, weil andernfalls die Delegierten eingesperrt oder ermordet würden, wie dies in Genf geschehen ist. Doch werden nur wenige Jahre vergehen, bis die Dritte Internationale ihre Kongress in Berlin abhalten wird, dann in Paris und London, und schließlich auch in New York. Das Weltproletariat wird seine Vertreter entsenden, der Kongress wird keine Verfügungen erlassen und die Nationen werden mit den Kriegen aufhören, darauf könnt ihr wetten!“ So sprach Paul, und wie gewöhnlich ließ Bunny sich von Pauls Begeisterung mitreißen.

### V.

Es gab so viele Dinge, die Bunny erfahren wollte, er lud Paul zum Abendessen ein; sie saßen an einem kleinen Tisch eines Cafés im Freien und verbrachten dort im eifrigen Gespräch fast den ganzen Abend. Paul berichtete von den Schulen, von den neuen in Amerika gemachten pädagogischen Entdeckungen, die aber nur in Rußland angewandt werden konnten, von den Zeitungen und Büchern, von den modernen fortschrittlichen Schriftstellern, deren Werke ins Russische überliert und über die Hälfte von zwei Erdteilen verbreitet wurden. Er erzählte auch von der Industrie, von den ungeheuren Mühen, mit denen ein Volk aus nichts, ohne Kapital, ohne Hilfe von außen, eine moderne Welt aufzubauen verjuchte. Paul schloß die Petroleumindustrie unter dem Sowjetssystem, den staatlichen Truist, der die Gewerkschaften anerkannte und bei dem sie mitzureden hatten. Die Arbeiter gaben Zeitungen heraus, hatten Klubs und Bühnenvereinigungen; so entstände eine neue Kultur, die auf der Arbeit, nicht aber auf der Ausbeutung beruhte.

(Fortsetzung folgt.)

# Unsere neue Landtagsfraktion.

- (Die Namen der neuen Mitglieder sind gesperrt gedruckt.)  
Auf Grund des vorläufigen amtlichen Ergebnisses sind bisher folgende sozialdemokratische Kandidaten zum Landtag gewählt:
- Wahlkreis 1, Ostpreußen.**  
Otto Braun, Mertins, Frau Wohlgemuth, Weidemann, Ostreicher, Rudnigki.
  - Wahlkreis 2, Berlin.**  
Giesch, Frau Hanna, Meier, Kuitner, Sabath, Hoffmann, Herr, Frau Schmidt, Maderholz, Weiner.
  - Wahlkreis 3, Potsdam II.**  
Bartels, Harnisch, Frau Köhler, Klaußner, Seitzmann, Hagemüller, Fehner.
  - Wahlkreis 4, Potsdam I.**  
Giering, Frau Rynd, Krüger, Stahl, Eggart, Bauer, Wulshilf.
  - Wahlkreis 5, Frankfurt (Oder).**  
Faber, Paetsch, Heilmann, Brückner, Schadow, Frau Schenke, Freter.
  - Wahlkreis 6, Pommern.**  
Gartwig, Runge, Schallack, Kirchmann, Wille, König, Waid.
  - Wahlkreis 7, Breslau.**  
Winger, Thiele, Hamburger, Lang, Janotta, Gröbner, Amert, Köster, Kleinert.
  - Wahlkreis 8, Posen.**  
Eberle, Gritsch, Frau Wegscheider, Simon, Lehmann.
  - Wahlkreis 9, Oppeln.**  
Franz, Nowa.
  - Wahlkreis 10, Magdeburg.**  
Frau Bollmann, Koch, Brandenburg, Wittmann, Kästen, Müller (Stendal).
  - Wahlkreis 11, Merseburg.**  
Franken, Christhänge, Döschner, Müller.
  - Wahlkreis 12, Erfurt.**  
Kleinpohn, Meckhof.
  - Wahlkreis 13, Schleswig-Holstein.**  
Brecour, Frau Jensen, Bugdahn, Jürgensen, Peters.
  - Wahlkreis 14, Wefer-Ems.**  
Lubert, Frau Wellmann.
  - Wahlkreis 15, Ost-Hannover.**  
Gehrmann, Brandes, Frau Krüger, Helfenberger.
  - Wahlkreis 16, Süd-Hannover.**  
Leinert, Frau Helfers, Stephan, Behrens, Lau, Schröder, Hameln, Boelder.
  - Wahlkreis 17, Westfalen-Nord.**  
Severing, Michel, Meyer (Rheine), Dohr, Jacobs, Frau Meyer.
  - Wahlkreis 18, Westfalen-Süd.**  
Klupsch, Otter, Frau Oventrop, Ostertoth, Bräuder, Kahl, (Siegen), Garbe, Hansmann.
  - Wahlkreis 19, Hessen-Nassau.**  
Marxwald, Gröbner, Köhler, Gaele, Traudt, Wid, Kling, Frau Jourdan, Kraft.
  - Wahlkreis 20, Rhein-Nachen.**  
Haas, Frau Kirchmann-Köhl, Fries (Köln), Forst.
  - Wahlkreis 21, Koblenz-Trier.**  
Kleinmeyer, Nonn.
  - Wahlkreis 22, Düsseldorf-Ost.**  
Meyer (Solingen), Frau Christmann, Berten, Eng, Armeyer.
  - Wahlkreis 23, Düsseldorf-West.**  
Schlichtmann, Lewerentz, Müller (Duisburg).

# Der Colmarer Prozeß.

Von Hermann Wendel.

Die fünfzehn in Colmar angeklagten Autonomisten genießen Vorteil, nicht wie in deutscher Zeit ähnlichen Vergehens Beschuldigte von den roten Rohen des Reichsgerichts, sondern von schwachen, also von Laien und Landsleuten, abgeurteilt zu werden. Es ist schwer vorstellbar, daß der alemannisch gesunde Verstand der Jury nicht zu glattem Freispruch kommen kann, denn klüger ist selten eine politische Anklage zusammenzusetzen als diese.

Die Radlin und Genossen, zum Teil Führer, zum Teil Anhänger der autonomistischen Bewegung im Elsaß, waren einer Verurteilung gegen die innere Sicherheit des Staates angeklagt. Der dreiwöchigen Verhandlung erwiesen sich die einzelnen als mögliche, als Startköpfe, als Hühnerköpfe, als Querköpfe, als Köpfe; auf der Hand lag, daß sie gegen eine oft unfähige Verwaltung redlich gekämpft, geschimpft und gepöckelt hatten; auch lag der historische Kern der ganzen Bewegung zum Greifen nahe hervor. Aber noch von dem verblüffendsten dieser Umstände gilt höchstens Schillers: „Rühn war das Wort, es die Tat nicht war!“ Für eine Verurteilung, ein Komplotz auch der würdigste Beweis aus. Trotz seiner Klugheit steckte der Staatsanwalt in keiner guten Haut, da seine Belastungszeugen bis auf die Knochen bloßstellten. In Polizeibüchlein, die, auf Nr. 10 geklemmt, Autonomistenverurteilungen belauschten, von „autonomistischer Malerei“ jabelten, daß Dücker für einen Unterthanen Hindenburgs hielten und sonst wie orientalische Märchenerzähler wirkten, trat ein freier Kopf namens Kiehl auf, der ungeführt das verächtlichste Plar dieser verächtlichen Menschengattung darstellte. In dem Frankreich im Gossent anpöckelte, Gelder für autonomistische hergab, zu Gemaltaten aufsuchte, hatte er die Autonomie aus Messer liefern wollen; aber auch sein Eifer und er war umsonst verschwunden.

War die Verhandlungsleitung keineswegs einwandfrei, so ließ sie sich doch zuweilen vorteilhaft von der mancher Prozeß in Deutschland. Da einer der Angeklagten behauptete, er sei guter Franzose, aber vor allem Patriot, fiel der Richter leicht ein: „Alle guten Franzosen sind es mit Ihnen!“ Er wäre je an deutschem Richter ein solches Bekenntnis abgeben? Aber dieses Wort liefert zugleich einen Schlüssel zum Verständnis der psychologischen Hintergründe des Prozesses. Die Anklage hier nicht nur im Dienste der überkommenen nationalen Staatsauffassung Frankreichs, die auch eine Maßnahme mit dem demokratischen Gedanken verbunden ist, denn wie die große Revolution den Zentralismus vernichteten, so vernichteten sich alle gegenrevolutionären Vorstöße föderalistisch, regionalistisch, autonomistisch; noch 1877 und der Kämpfe gegen die Kommune, lautete das beliebteste Wort der Versailler Reaktion, man müsse Paris décapituler, décapituler, enthaupfen und enthaupfen. Aber die Welt an gesundem Pazifismus lebt in der Umwehrung des Pazifismus, weil in Frankreich jedermann und gerade der Richter, der Demokrat, der Radikale, der Sozialist, fürchtet, daß jene Bewegung das Elsaß aufs neue zum Herz werde, ein deutsch-französischer, ein europäischer, ein Welt-

krieg entzündet. In der Tat müssen einem Franzosen eigenartige Gedanken kommen, wenn zweitausend führende Corpsführer auf ihrem Berliner Kommerzinger: „O Straßburg, Straßburg, dir schwören wir in den Tod: Bald weht auf deinen Zinnen die Fahne schwarz-weiß-rot!“ oder wenn vor acht Tagen ein deutsch-nationaler Hauptmann, der Geheimrat Duack, von der Hoffnung quakte, „daß einmal wieder die deutsche Flagge vom Turm des Straßburger Münsters weht!“

Daß die autonomistische Bewegung aus Deutschland moralische und materielle Unterstützung erfahren habe, ist im Colmarer Prozeß nicht bewiesen worden und bleibt auch unumwandelbar, als die Angeklagten glaubhaft beteuerten, daß niemand unter ihnen an eine Losrennung des Elsass von Frankreich auch nur gedacht habe, und daß sie samt und sonders Franzosen von ganzem Herzen seien. Aber schon der bei einem von ihnen aufgefunden Brief, in dem ein Berliner Direktor der Hugenbergschen „Telegraphen-Union“ Rathschläge für die Gründung eines autonomistischen Blattes erteilt, ist ein vollgültiger Beweis, daß in Deutschland allerhand Volkshühner Finger in die elssässischen Dinge hineinzustechen verlust. Hierzulande gedeihen Blätter und Vereine, meist dem Firmenschild nach „unpolitisch“, zum Teil von „deutschvölkischen“ Elässern geleitet, die planmäßig den Revanchegedanken säuen, indem sie das Elsaß als ein von Frankreich schände verewaltigtes und seine Befreiung durch Deutschland ersehndes Land hinstellen. Das „Wissenschaftliche Institut für Elsaß-Lothringen“ in Frankfurt fördert solche Bestrebungen, wenn es etwa alle einmündigen Studenten der Universität Straßburg zu einer sicher nicht passivistischen Gedenk- und Kundgebung zusammenfaßt. Ein höheres Kaliber sind die „Heimatkämpfer“ des Elässers Dr. Robert Ernst in Berlin, die das elssässische Problem jeden Monat vom Standpunkt eines hoffnungslos verhörrten Deutsch-nationalen abhandeln. Diese Leute als harmlose Prähensie und Wichtigmacher abzutun, wie es die „Frankfurter Zeitung“ möchte, geht nicht an. Als Zuspätkommer und Einseitiger der gesamten deutschen Rechte für die elssässische Frage sind sie eine ernste Gefahr, eine um so ernster, als ihnen Unternehmungen auch öffentliche Gelder zuströmen. Eine wesentliche Aufgabe des neuen Reichstags wird es sein, diesem Treiben einen Riegel vorzuschleichen und allen Stellen zu bedeuten, daß es nur eins von beiden gibt: Entweder Locarno oder — das andere!

Von einem Elässer und einem Deutschen stammen zwei denkwürdige Erklärungen des Colmarer Prozesses. Als Zeuge tat der Domherr, Universitätsprofessor und Senator Müller aus Straßburg dar, daß das Elsaß die Brücke zwischen Frankreich und Deutschland, ein Bindestrich und kein Schlingengraben sein müsse. Ebenfalls als Zeuge gab der Freiherr v. Gemmingen, in deutscher Zeit einer der verständnisvollsten Verwaltungsbeamten des Reichslandes, zuletzt Bezirkspräsident von Lothringen, zu Protokoll, daß für ihn die elssässische Frage eine innerfranzösische Frage sei, in die er sich als Deutscher nicht einzumischen habe. Das Elsaß wird desto eher die Brücke zwischen beiden Nachbarländern schlagen, die Müller, und mit ihm wir alle ansehen, je schneller alle Deutschen denken lernen wie Gemmingen.

# Die Moskauer Justizkomödie.

Die Verteidigung hat überhaupt keine Rechte.

Der Verlauf des Schachtin-Prozesses hat bisher alle pessimistischen Voraussetzungen über diesen Tendenzprozeß bestätigt. Die Verhandlungen stehen vollkommen unter dem politischen Druck der bolschewistischen Parteiorganisationen und ihrer Parteipresse. Sie verlangen schon jetzt ein hartes Urteil. Die Rechte der Verteidigung der Angeklagten werden in einer Weise beschränkt, die man nur zynisch nennen kann. Die ganze äußere Aufmerksamkeit des Prozesses schließt überhaupt eine objektive Feststellung des Sachverhalts nahezu aus. Die drei deutschen Angeklagten gehören offenbar zu den am wenigsten belasteten Personen. Zwei von ihnen, Otto und Meyer, bestreiten jede Schuld, der dritte, Badstieber, hat in einer sehr seltsamen Form Mißstände technischer Art angegeben, aber jede politische Tendenz bestritten. Welcher Wert im übrigen den belastenden Aussagen einiger Zeugen und Angeklagten beizumessen ist, läßt sich daraus ermaßen, daß die Verteidigung — natürlich vergeblich — den Antrag gestellt hat, die beiden Hauptbelastungszeugen auf ihren Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Ein Teil des Prozesses soll nicht öffentlich verhandelt werden. Offenbar handelt es sich hierbei um die in der Anklage enthaltenen Anschuldigungen gegen polnische und französische Amtsstellen. Eine derartige Rücksichtnahme auf internationale Beziehungen ist sicherlich vom Standpunkt der Sowjet-Union aus vernünftig und lobenswert. Um so mehr muß es überraschen, daß von einer Rücksicht auf die deutsch-russischen Beziehungen an maßgebenden russischen Stellen und in der Öffentlichkeit nach wie vor nichts zu merken ist. Es hat manchmal geradezu den Anschein, als ob man in Moskau die Mann der Prozeß im ganzen so verläuft wie er begonnen hat, Trübung des Verhältnisses zu Deutschland suche und wünsche. So kann man in dieser Hinsicht nur sehr pessimistisch in die Zukunft blicken.

Verständnisse zweier Angeklagter.

Riga, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Im Dorezprozeß erklärte der Angeklagte Beresowitsch nach den hier vorliegenden Meldungen, er habe von der „gegenrevolutionären Organisation“ Geld genommen und auch Sabotage getrieben. Er habe aber weder an den Konferenzen der Sabotageorganisation teilgenommen noch in irgendwelchen direkten Beziehungen zu ihr gestanden. Im übrigen sind Anklagevertreter, Vorsitzender und geschäftliche Angeklagte demüthig, belastendes Material gegen den früheren Bergwerksbesitzer Rabbinowitsch herbeizuschaffen, der bis zu seiner Verhaftung erster tschechischer Sabotageführer des Rates der Volksbeauftragten war und auf den offenbar die Anklage hinzielt. Aus Beresowitschs Aussage ist wenig Belastendes gegen Rabbinowitsch zu entnehmen.

Der Angeklagte Kaligawow will 1921 von Beresowitsch Auftrag der früheren Bestzer veranlaßt worden sein, gute Schächte für die „aus Eis zu legen“ und zu sabotieren. Schlechte Maschinen hätten die Sabotage erleichtert. Später habe er eingesehen, daß das russische Wirtschaftsheim durch Sabotage nicht zu ruinieren sei und lo energisch gearbeitet, daß er eine Gratifikation für geleistete Arbeit erhalten habe. In die Verurteilung seien auch einige Untergebene eingeweiht gewesen. Er selbst habe mit der Verurteilung nichts zu tun gehabt, nach wiederholter Annahmeverweigerung aber doch schließlich Geld genommen.

# Das Ringen in China.

Eingeleitete der Nordtruppen über General Feng.

London, 23. Mai. Die letzten Meldungen aus Hongkong besagen, daß die Nordtruppen gegenüber den Schantruppen und der Kavallerie General Fengs einige Erfolge erzielt konnten.

Das japanische Hauptquartier nach Peking verlegt.

Tokio, 23. Mai. Die militärische Besetzung der Mandchurie durch japanische Truppen ist in vollem Gange. Das japanische Hauptquartier wurde von Dairen nach Peking verlegt. Im Peking diplomatischen Korps herrscht große Befürchtung.

Tschangtschai wieder an der Front.

Peking, 23. Mai. Wie aus Peking gemeldet wird, hat die Regierung das Rücktrittsgesuch des Außenministers Huang-Fu angenommen. Der Ministerpräsident Tang hat vorläufig die Geschäftsführung des Außenministeriums übernommen. Damit ist die Gruppe Huang-Fu, die eine Annäherung zwischen Japan und Amerika erstrebte, gescheitert. Wang-hui Tschangtschai hat angeführt dieser Schlage sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen. Tschangtschai hat sich wieder an die Front begeben, um den Oberbefehl an der Front zu übernehmen.

# Der japanische Gesandte hat sich nach Tientsin begeben.

Die Nankingregierung zur Wiebergutmachung des Missionarvertrages.

Peking, 23. Mai. Aus Nanking wird gemeldet, daß das Außenministerium heute dem amerikanischen Konsul die Antwortnote überreichte, in der es heißt, daß sofort nach der Klärung des Tatbestandes der Ermordung des Missionars Semura im Falle der Schuld der Südruppen sich die Nankingregierung einschuldigen werde. Auch den Hinterbliebenen des Ermordeten soll dann eine Entschädigung gezahlt werden.

# Tschangtschai lehnt Japans Forderungen ab.

Tschangtschai hat die Forderung der japanischen Regierung endgültig abgelehnt und den Vorwärtsschritt seiner Truppen gegen Peking und Pulau befohlen. Im Falle des Zusammenstoßes auf dieser Linie werden die japanischen Truppen eingreifen und beide Seiten entzweieln. Um einen verträglichen Zusammenstoß jedoch von vornherein unmöglich zu machen, sind die japanischen Truppen teilweise vorgezogen.

# Hestige Kämpfe an der Rückzugslinie Tschangtschais.

London, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Aus China wird gemeldet, daß es westlich der Bahn Peking-Tientsin-Peking-Hankau zu heftigen Kämpfen gekommen ist. Tschangtschais Rückzugslinie ist gefährdet. Die Beschränkung auf die Mandchurie würde ihn vollends von Japan abhängig machen; er sucht seine Stellung in der Mandchurie unter Aufbietung aller Kräfte zu halten.

# Japan verweigert, wie schon oft gesagt, auch jetzt wieder, daß es keinerlei Absichten auf die Mandchurie habe; Schantung will es angeblich nach Erfüllung der Südnorderungen räumen.

# Entspannung zwischen Südhina und Japan.

Zwischen Südhina und Japan macht die Entspannung weitere Fortschritte. Die in Tientsin gefangen genommenen Südhinesen sind samt ihren Waffen wieder entlassen worden.

# Die Erklärung Kelloggs, daß Japan in der Mandchurie Sonderinteressen verfolge, hat in der japanischen Öffentlichkeit ein lebhaftes Echo hervorgerufen.

# Das Giftgasunglück vor dem Hamburger Parlament.

Hamburg, 21. Mai. (Eig. Funbericht.)

Im Hamburger Senat ließ die Hamburger Polizeibehörde am Mittwoch auf Anfrage von sozialdemokratischer und demokratischer Seite erklären, daß die Firma Stolzenberg früher in erlaubter Weise Giftgas hergestellt, aber seit 1924 solches nur noch in Hamburg gelagert habe. Die Baupolizei sei hiervon unterrichtet gewesen. Die Lagerung sei „unter den üblichen Sicherheitsmaßnahmen“ vor sich gegangen. Eine weitere Genehmigung zur Lagerung von Giftgasen im Hamburger Staatsgebiet sei nicht erteilt worden und werde auch nicht erteilt werden. Die sozialdemokratische Fraktion des Senats dürfte in der nächsten Sitzung die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragen.

Der Polizeisenator teilte in Ergänzung der Antwort auf die Anfragen von sozialdemokratischer und demokratischer Seite im Namen des Senats noch mit, daß Hamburg aus öffentlichen Mitteln die Hinterbliebenen der Opfer der furchtbaren Katastrophe zu unterstützen beabsichtige. Man solle die politische Seite der Angelegenheit dem Reichstag überlassen und nur die technischen Fragen dem Untersuchungsausschuß übertragen. Die Lagerung, der Vertrieb und der Transport von Phosgen sei gelehrt erlaubt. Der explodierte Tank sei ein alter Restwagen der Reichsbahn gewesen. Die Ursache der Explosion sei trotz längerer Aussprache erster Sachverständiger nicht ganz klar gestellt.

# Die im Zusammenhang mit der Hamburger Explosionskatastrophe zusammenberufene Sachverständigenkonferenz beschloß am Mittwoch, die noch auf dem Gelände der Stolzenbergfabrik lagernden Phosgenvorräte — es soll sich um etwa 3000 Flaschen Phosgen handeln — an Ort und Stelle zu vernichten. Das soll mittels chemischer Zersetzung durch Ammoniak geschehen. Von einer Versendung des Phosgens ins Meer, an die zunächst auch gedacht worden ist, soll hauptsächlich aus Gründen der Verladungsgefahr abgesehen werden.

# Denunziationszeugnis für Deutschland.

Paris, 24. Mai. (Eigener Funbericht.)

Der ehemalige Leiter der chemischen Abteilung in der Interalliierten Militärkontrollkommission, Muraour, veröffentlicht heute im „Matin“ ein Gutachten über die Hamburger Giftgasfabrik. Was Muraour zu sagen hat, stellt das beste Denunziationszeugnis für Deutschland dar. Zunächst bestätigt er, daß die Herstellung von Chlorgas und Phosgen im Versailler Vertrag nicht verboten sei. Dann teilt er mit, daß die Stolzenberg-Werke in Hamburg, das Phosgen, durch dessen Explosion die Katastrophe hervorgerufen wurde, von der Interalliierten Militärkontrollkommission gekauft habe. Endlich weist er darauf hin, daß er bei seiner sechsjährigen Tätigkeit in der Kommission hunderte von Denunziationen über angebliche heimliche Giftgasfabrikation in deutschen chemischen Werken erhalten habe. Niemand aber hätten diese Denunziationen bei der Prüfung der Tatsachen handgehalten. Niemand sei festgestellt worden, daß Deutschland gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages verstoßen habe. Alles, was über heimliche Giftgasfabrikation in Deutschland in der ausländischen Presse erzählt worden sei, sei Phantasie oder Unwissenheit.

# Bombenattentat in Buenos Aires.

Zwölf Tote und vierzig Verletzte.

London, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß in dem dortigen italienischen Konsulat eine Bombe zur Explosion gebracht wurde. Fünf Personen wurden getötet und vierzig verletzt. Der Attentäter ist bis zur Stunde nicht bekannt.

# Dem Bombenattentat auf die Botschaft des italienischen Konsulats in Buenos Aires sind nach den bisher vorliegenden Meldungen zwölf Tote und über vierzig Verletzte zum Opfer gefallen. Die Explosion soll eine furchtbare Panik hervorgerufen haben. Die Leichen der Opfer des Attentats sind schrecklich verstümmelt. Von den Tätern fehlt bisher noch jede Spur. Man glaubt, daß die Explosion der Gaskammer auf antisozialistische Kräfte zurückzuführen ist.

# Mehr Stimmen, aber weniger Abgeordnete.

Die Gesamtzahl der zur Reichstagswahl abgegebenen Stimmen beträgt nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis 90 720 181 (Dezember 1924: 90 290 042). Die Zahl der Mandate ist trotz dieser gesteigerten Stimmenzahl von 493 auf 490 gesunken. Das ist auf die partei-zerstückelnde Wirkung der Stimmen (1 390 000) zurückzuführen.



Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. Mai 1928.

Sozialdemokratische Partei Groß-Breslau.

Der Vorstand beruft auf Donnerstag, den 31. Mai, 20 Uhr, eine außerordentliche Generalversammlung nach den Zentralballfäden, Westendstraße, ein.

Tagesordnung:

- 1. Aufgaben der Sozialdemokratie nach dem Wahlsieg. Referent: Genosse Parteivorl. Ernst Eckstein.
2. Die nächsten organisatorischen Aufgaben der Breslauer Sozialdemokratischen Partei. Referent: Genosse Parteisekretär Hans Krumm.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung wird folgender Antrag des Vorstandes vorgelegt:

§ 9

des Statuts soll künftig folgenden Wortlaut haben:

Den Vorstand, die Kommissionen und die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei für die Mitgliedschaft in öffentlichen Körperschaften zu wählen, ist Aufgabe der Generalversammlung. Im Januar jeden Jahres werden die Vertreter für die Generalversammlung von den Distrikten gewählt. Auf je dreißig Mitglieder erhält der Distrikt einen Vertreter.

Außerdem nehmen an den Generalversammlungen die Mitglieder des engeren und erweiterten Vorstandes mit beratender und beschließender Stimme teil.

Die ordentliche Generalversammlung findet im Januar jeden Jahres statt. In dieser haben der Vorstand und die Kommissionen der Partei über das abgelaufene Geschäftsjahr Bericht zu erstatten. Der Vorstand und die Kommissionen sind hier neu zu wählen. Der jährliche Geschäftsbericht muß in der Volkswacht veröffentlicht werden.

Außerordentliche Generalversammlungen werden vom Vorstand nach Bedarf einberufen. Sie müssen einberufen werden, wenn dies hundert Vertreter schriftlich beantragen. Der Antrag muß gleichzeitig die Tagesordnung, die verlangt wird, enthalten. Die Einberufung aller Generalversammlungen hat spätestens eine Woche vorher in der Volkswacht mit Angabe der Tagesordnung zu geschehen. Anträge, die in der Generalversammlung zur Beratung kommen sollen, müssen 3 Tage vor Stattfinden der Generalversammlung dem Vorstand unterbreitet und von ihm in der Volkswacht veröffentlicht werden.

§ 9a.

Urabstimmung.

Die Vertreterversammlung kann mit Zustimmung des erweiterten Vorstandes bestimmen, daß über wichtige, die Mitgliedschaft besonders interessierende Fragen eine Urabstimmung aller Parteimitglieder stattfindet.

Auf § 9 des Statuts, nach welchem Anträge, die zur Beratung kommen sollen, spätestens drei Tage vor Stattfinden der Generalversammlung dem Vorstand unterbreitet und von ihm in der Volkswacht veröffentlicht werden müssen, wird hingewiesen.

Der Vorstand.

Eckstein, Ziegler.

Streifzug durch das Breslauer Wahlergebnis.

Wo wohnen die meisten Wähler der Parteien?

Es ist zwar eine wenig angenehme Arbeit, das bezirksweise ausgeführte Wahlergebnis der Stadt Breslau so eingehend zu publizieren, daß man feststellen kann, wo die verschiedenen Parteien die meisten und wenigsten Wähler haben, aber wenn man es getan hat, kann man sich eine ganz interessante Uebersicht zusammenstellen. Besonders für unsere Parteimitglieder läßt sich an Hand dieser Wahlergebnisse mancherlei Arbeit für die Zukunft vorbereiten, in bezug auf Werbung neuer Mitglieder, besonders da, wo unsere Wählerziffern den Mitgliederbestand um ein gewaltiges übersteigen.

Mit unserer Partei sei angefangen. Das beste Ergebnis für uns brachte der Wahlbezirk 316 mit 721 sozialdemokratischen Stimmen. Der Bezirk umfaßt die Häuser Westendstraße 1-11 und die Märtschestr. Das Schwergewicht liegt natürlich in dem großen Block der „Bratislavia“-Häuser in der Märtschestr. Ihm folgt der Wahlbezirk 348, umfassend die urrade Seite der Hildebrandstraße von Leuthen- bis Posener Straße und einige Häuser der Leuthenstr., wo 698 Stimmen für unsere Partei abgegeben wurden. An dritter Stelle folgen die Wahlbezirke 337 und 341, in denen je 664 Wähler für unsere Liste an die Urnen schritten. Der Bezirk 337 umfaßt das Straßenviertel Anker-, Steinauer- und Leuthenstr. (ohne Westendstraße), während der andere Bezirk die Leuthenstr. von 66 bis 82 und die Posener Straße von 75 bis 91 umfaßt. Hier also hat die Sozialdemokratie ihre stärkste Anhängerzahl. Daß im Süden ganz selbstverständlich die wenigsten unserer Wähler zu suchen sind, bedarf keiner besonders großen Erläuterung, denn Willen können sich eben Sozialdemokraten nicht bauen lassen. Die niedrigste Stimmenzahl erhielt die Liste 1 im Wahlbezirk 253, der das Bourgeoisviertel Eichendorffstraße, Günther- und Gröphiusstraße umfaßt. Hier wurden nur 74 Stimmen für uns abgegeben. Es folgt der Wahlbezirk 69 mit 82 SPD-Stimmen, im Domviertel gelegen. In etwa 40 Bezirken sind uns die Deutschnationalen überlegen. Es sind das meist die Bezirke im Süden und im Scheitnis in der Gegend Tiergarten- und Auenstraße. Dabei ist kurzweilig zu verzeichnen, daß auch wir einen Stützpunkt in „seinem“ Viertel haben. Das Gewerkschaftshaus nämlich. In dem Wahlbezirk, zu dem es gehört, sind uns nämlich die Deutschnationalen auch um 87 Stimmen voraus.

Die meisten Deutschnationalen residieren im Wahlbezirk 123, wo sie 387 Wähler musterieren. Es ist ein Straßenviertel, das die Auen-, Nova- und Triftstraße umfaßt. Ihr zweitbestes Stützpunkt ist der Wahlbezirk 193, das Straßenviertel Arletius-, Herdain- und Gustav-Freitagstraße. Hier sprangen 324 Mann für Schwarz-Weiß-Rot und Hungerlöcher in die Schanze. (Die Reudell-Stützpunkte dürften dem Roten Frontkämpferbund zu Dankaufmärschen besonders zu empfehlen sein.) Am meißten erging es Freiherrn von Richthofen im 341. Bezirk, der oben schon als dritthöchster unserer Partei erwähnt wurde. Hier bekam er ganze 31 Stimmen. Ja, wer in den vier- und fünfstöckigen Mietskasernen der Posener Straße, die mit Hinter- und Seitengängen teilweise über 80 Mietsparteien beherbergen, zu leben gezwungen ist, der hat eben andere Sorgen, als am Gebet festzuhalten.

Das Zentrum hat seine Hochburgen in den Wahlbezirken 71 und 69. Um den Domplatz herum gelegen, wurden hier 684 und 649 schwarze Stimmen abgegeben. Die gottliebsten Wähler sind zweifellos im 186. Bezirk beheimatet, der das Ende der Bohrauer- sowie Teile der Cretius-, Helmuth- und Kantstraße umfaßt, denn hier wurden nur 21 Stimmen für die heilige Drei in die Urne geworfen. Auch im Wahlbezirk 129 in Zimpel konnte die Liste 3 seiner Hütemorker gewinnen. 36 Zentrumsstimmen waren hier das Resultat. (Deswegen soll sicher da draußen eine Kirche gebaut werden.)

Schließlich interessiert es noch, wo die „Bruderpartei“ dominiert. Sie steht mit 209 Stimmen im Wahlbezirk 340 an der Spitze, der die letzten Häuser der Posener Straße und Lange

Gasse, sowie die Baracken auf der Viehweide umschließt. Auf 166 Stimmen brachte sie es im Viertel Bräuner, Bösch, Vorwerk- und Taubenstraße des 158. Bezirks. Ihr dritter und vierter Stützpunkt, wo sie 161 und 158 Stimmen ergatterte, ist der Wahlbezirk 22 und 20. Beide Bezirke liegen in Alt-Breslau und schließen in sich die Neue Welt, Weißgerbergasse, Nikolai-, Reusche- und Büttnerstraße. Schlecht hohlschwärzt ist noch das Viertel Götthe, Gutenberg-, Körner- und Kaiser-Wilhelm-Straße, das den 226. Wahlbezirk bildet. Hier verirrten sich nur 3 Zettel für Moskau in der Wahlurne.

Daß es aber mit den Sammelbecken der Stalinhohlschwärzen nicht weit her ist, beweisen die Ausschüsse der „Linken“ im Ohlauer Tor. Gerade in den Nachbarbezirken 159 und 155, Mollwiker-, Tauentzien- und Königgräber Straße marschieren die „Linken“ mit 20 und 21 Stimmen an der Spitze.

Hittler müßte das Gros seiner wahlberechtigten Kinder im Wahlbezirk 309, umfassen) das Viertel Freiberger-, Siebenhufener- und Sonnenstraße, wo 27 Malen für Falenkreuz stimmten, während Knippelfunze mit 62 Stimmen seine Hochburg für die patentierten Krier im Wahlbezirk 54, dem Viertel Bismarck-, Otto-, Trebniker Straße und Matthiasplatz hat.

Für uns Sozialdemokraten müssen die Resultate aus den einzelnen Bezirken die Grundlage für unsere weitere Arbeit bilden. Nun muß versucht werden, die Wählerkraft der Liste 1 auch organisatorisch zu erfassen. Die Bezirksresultate bilden ein außerordentlich reiches Material bei dieser Arbeit. Waren es diesmal im alten Stadtgebiet nur 9 Wahlbezirke, die mehr als 600 Stimmen für die Liste der Sozialdemokratischen Partei erbrachten, so müssen es bei der nächsten Wahl mindestens 15, wenn es nicht 20 sind!

Advertisement for 'Bürger Block' featuring a poem 'Du warst so schön, Du starbst so früh...' and text about a citizens' block and funeral services.

Wo hin Pfingsten! Zwei freie Tage! Was beginnt man? Groß sind die Wünsche und schwach der Beutel. Man möchte dies und jenes kaufen und möchte doch auch gern mal eine Pfingsttour unternehmen - Berge sehen - wandern! Wenn's nur nicht viel kostet und doch schön wäre - sowohl in bezug auf Wetter, als auch auf die Natur, die Landschaftsbilder. Na, da werden wir uns mal wieder in der „Volkswacht“ orientieren und nach den „Naturfreunden“ richten, die sicher was Geeignetes wissen werden.

Ins Wartha-Reichensteiner Gebirge. Wir lösen eine Sonntagsfahrkarte bis Wartha, die auch nach Frankenstein berechtigt, zum Preise von 3,80 Mark und vertrauen uns dem gläsernen Zug an. Mer schon Sonnabend fahren kann, soll es tun, er wird es bestimmt nicht bereuen. In Wartha, der Wallfahrtsstadt und Eingangspforte zum Gläsernen Land, beginnen wir unsere Wanderung, die uns gleich links in die Berge führt. Ueber das Bahkreuz geht es auf markiertem Wege zum Königsheimer Spitzberg (Ausflugsort) weiter über Glasensberg bis zum Burggraben-Berg. Hier gehen wir geradeaus weiter, während die Markierung rechts abweicht. Wir laufen 20 Minuten über den Paßberg nach Hain-Neudeck. Dann führt der Weg über Rotes Vorwerk, Neue Welt, Hain, nach Ober-Hannsdorf oder Droschlau. Für schwächere Läufer wäre hier eventuell Gelegenheit, Nachquartier zu nehmen, falls die Sonne schon sehr schräg steht. Wer noch rüftig ist, zieht weiter am Wolf's- und Rahlens-Berg vorbei, bis zum Wegewärter-Haus an der Reichensteiner-Schönau-Landwehr Chaussee, die wir überqueren und gleich nach Schönau absteigen (Ruhespunkt).

Morgens ziehen wir der Sonne entgegen in östlicher Richtung. Unser Weg führt über den Wagner-Stein nach Raigsdorf. Wir gehen gleich auf der anderen Seite wieder hinaus und wandern nach der reizenden Kolonie Heideberg. Dann wenden wir uns nach Norden, besteigen den 902 Meter hohen Heideberg (mit Aussicht), um dann an der tschechischen Grenze entlang über Rosenkranz (die böhmische Seite des Dorfes Schönau) vorbei am Schukhaus nach dem Schlackental zu wandern. Wer einen Keisepaß oder Uebertrittscheine besitzt, dem wird der Weg von Rosenkranz über Weizenbrunn, Groß-Deinlochfels nach dem Kleinhaus-Tannzapfen und von hier Ueberstieg zum Schlackental-Wasserfall empfohlen. Durch das reizende Tal läuft es sich herrlich nach Reichenstein, von wo wir mit einer zu lösenden Fahrkarte bis Camenz fahren. Hier gilt dann wieder unsere Sonntagsfahrkarte.

Camenz bietet eine Sehenswürdigkeit, die sehr wenige kennen. Der große Schlackpark und die Wasserfälle und Wasserfälle. Letztere sind nur im Sommer im Betrieb und selten für Besucher freigegeben. Pfingsten werden sie springen und plätschern, allerdings für ein ca. 30 Pf. betragendes Eintrittsgeld.

Wir glauben mit unserer vorgeschlagenen Wandertour bestimmt dem Wunsch unserer lieben Genossen und Genossinnen entsprechen zu haben, lassen uns aber auch gern belehren. Unsere Ausflugsabende sind hierzu willkommene Gelegenheiten. Nun, auf zur frohen Wanderfahrt bei sonnigem Pfingstwetter! Berg frei!

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Breslau, E. W. Reife- und Wander-Ausflugs jeden Donnerstag 19-20 Uhr im Gewerkschaftshaus-Restaurant.

Ausflugsmittglieder der Krankentassen, verfaßt nicht, die Stimmzettel für die Wahl des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Schlefien zur Abfindung zu bringen. Die zahlreichen Vorschriften über die Stimmabgabe sind genauestens einzuhalten. Jedes Ausflugsmitglied muß beide Stimmzettel (für gewerbliche und landwirtschaftliche Arbeitnehmer) abgeben.

Festnahme eines internationalen Gauners. Ein guter Jang glückte der Breslauer Kriminalpolizei am Mittwochabend in einem größeren Konzertsaal Breslaus mit der Festnahme eines elegant gekleideten Mannes, auf den die Personalbeschreibung eines internationalen Taschendiebes paßte. Da sich in letzter Zeit die Taschendiebstähle auf den Bahnsteigen des Hauptbahnhofes und an verkehrsreichen Straßenbahnhalteplätzen in erschreckendem Umfange vermehrt und der Polizei bekanntgeworden war, daß der unter dem Spitznamen Judenberg bekannte internationale Taschendieb in Breslau „arbeitet“ und die Breslauer gehörig „abtocht“, verjagte sie dem Gauner auf die Spur zu kommen, was in dem Kaffee gelang. Als sich der Lebemann von dem Leiter des hiesigen Fahndungskommandos beobachtet fühlte, der bereits ein Auto mit Beamten telephonisch bestellt hatte, wurde er unruhig, wies sich aber, als er in die Garderobe gebeten wurde, mit einem deutschen Keisepaß auf den Namen Joseph Malinowicher aus Kattowich aus. Er hatte auch eine polizeiliche Abmeldebescheinigung des 151. Reviers aus Berlin bei sich, die auf den gleichen Namen lautete. Die Beamten, die sich nicht betören ließen, nahmen den „Internationalen“ mit in das Polizeigefängnis, wo er auf die Vorhaltungen schließlich zugab, der 30jährige Galtzer Koppel Steinbock zu sein, der schon im Jahre 1915 wegen fortgesetzter Taschendiebstähle in Breslau festgenommen und später ausgewiesen worden ist, weil die österreichischen Gerichte seine Auslieferung forderten. Der Taschendieb mit dem internationalen Keisepaß, der schon vier Jahre Kerker in St. Gallen in der Schweiz verbüßt hat und in Frankreich und Holland aufgetreten ist, ohne gefaßt zu werden, erklärte auf die Frage, wie er zu dem Paß komme, daß dieser Paß „Klasse“ sei und er nichts sagen könne. Die Untersuchung wird erst die Herkunft der Legitimationspapiere ergeben.

Wahl und Arbeitsamt. Ein Arbeitsloser wird gezwungen, deutschnationale Propaganda zu treiben. Wie uns mitgeteilt wird, wurde einem beim Arbeitsamt vorgemerkten arbeitslosen Hilfsarbeiter zugewiesen, Flugblätter der Deutschnationalen zu verteilen. Als er dies ablehnte, drohte man ihm mit Entzug der Unterstützung. Ist auch dieser Fall im § 90 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, das die Gründe anführt, die den Arbeitslosen berechtigen, Arbeitsannahme zu verweigern, auch nicht enthalten, so mußte es doch von den Arbeitsvermittlern verlangt werden, daß sie einen Arbeitslosen nicht gegen dessen politische Ueberzeugung zur Propaganda für eine gegnerische politische Partei zwingen. Bei billiger Beurteilung der Umstände muß es im Uebrigen als wider die guten Sitten verstoßen betrachtet werden, daß der Arbeitsannahmepflicht auf Verordnungen, die reinen Tendenzencharakter haben, abgesehen wird. Da aber ein arbeitsloser Hilfsarbeiter nicht die Möglichkeit hat, dies abzuschließen oder geltend zu machen, so muß von den Vermittlern das nötige Tatgefühl verlangt werden, solche Arbeiter nur denjenigen zuzumuten, die ihrer Ueberzeugung gemäß keinen inneren Widerstand machen.

Pfingstwanderschaft von Silberberg nach Wartha. Der Schlesische Verkehrsverband veranstaltet am ersten Pfingstfesttage für rüstige Wanderer eine Kammerwanderung von Silberberg nach Wartha. Abfahrt von Breslau Hauptbahnhof 6,08 Uhr nach Silberberg Stadt. Umsteigen in Camenz und Frankenstein. Zu lösen sind eine Sonntagsfahrkarte nach Wartha Stadt und in Frankenstein eine einfache Fahrkarte nach Silberberg Stadt. Aufstieg durch die Stadt zu den Festungswerken und Besichtigung dieser. Gemeinsames Frühstück um 11 Uhr in der Donjon-Kaffeehaus; Preis etwa 1,50 Mark. Weiterwanderung nach Wartha etwa 5 Stunden. Rückfahrt von dort mit den Abendzügen. An der Wanderung kann jedermann teilnehmen; bei Regenwetter wird diese verschoben. Anmeldungen zum gemeinsamen Frühstück werden bis spätestens Sonnabend 12 Uhr in das Büro des Verkehrsvereins in der Verkehrshalle des Hauptbahnhofes, Fernsprecher 52421, erbeten.

Ein berufenes Urteil über die Schlesische Philharmonie. Der Generalintendant des Stadttheaters und der Schlesischen Philharmonie ist folgendes Schreiben des Generalmusikdirektors der Berliner Staatsoper, Erich Kleiber, zugegangen: Lieber verehrter Herr Professor und Freund! Ich hatte gar keine Gelegenheit mehr - so muß ich es Ihnen nochmals auf diesem Wege sagen, wie sehr ich mich freuen habe, das Eröffnungs-Konzert der von Ihnen geleiteten „Philharmonie“ dirigieren zu dürfen! Herzlichsten Dank, daß Sie da an mich gedacht haben! Und bitte auch dem „neuen“ Orchester begeistertsten Dank zu sagen für die Aufmerksamkeit und die hohe künstlerische Art, mit welcher es mit mir aufgeführt hat! Wenn dieses Orchester im Grenzgebiet Musik macht, ist dies die schönste Propaganda für deutsche Art und Kultur! Erich Kleiber. Wenn das Landesorchester von gewissenlosen Schwarz-weißen Claqueurs nicht gestört werden konnte, und durch Zusammenlegung mit dem Stadttheater-Orchester zur Schlesischen Philharmonie wurde, ist das in erster Linie ein Verdienst der „Volkswacht“ und unserer Partei.

Rassenklub der Arbeiterbank am Pfingstsonnabend. In Uebereinstimmung mit sämtlichen Banken und Sparkassen bleiben die Schalter der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, E.-G. Filiale Breslau, Margaretenstraße 17, am Pfingstsonnabend vollständig geschlossen.

Bürgerblocklied. (Mel.: Nun ade, du mein lieb Heimatland.) Nun ade, du lieber Bürgerblock, Lieb Bürgerblock ade! Erhält hat dich ein Nervenschok, Lieb Bürgerblock ade. Du bist erkrankt im eignen Rot Und liegt am Boden mausetot, Lieb Bürgerblock ade. Es heulet deiner Mannen Raß: Lieb Bürgerblock ade! Nein, so was ist fataltröpal; Lieb Bürgerblock ade! Trost aussprieß'ner Draußenlaß So ein verachtend Resultat, Lieb Bürgerblock ade! Trost Zug und Trug und Lasterlaß, Lieb Bürgerblock ade! Ging die Mandatszahl jäh zurück, Lieb Bürgerblock ade! Diemeil der Saßs Uebermacht Vor freuden lich ins Häufchen laßt, Lieb Bürgerblock ade! Wir singen dir zum Grabgeleit: Lieb Bürgerblock ade! Freiß auf zu neuem Kampf und Streit, Lieb Bürgerblock ade! Auf deinem Denkmal soll es stehn: Lieb wohl, auf Zimmerwiederkehr, Lieb Bürgerblock ade! August W. a. t.



# Aus Schlesien.

## Notfrei aus dem Waldenburger Revier.

Eine am Montag tagende Versammlung von Gemeindefunktionären des Waldenburger Industrieerzreviers nahm zu den auf diesen Gemeinden liegenden außerordentlich hohen Lasten und den geringen kommunalen Einnahmemöglichkeiten Stellung. Eine Kommission, der auch der Waldenburger Landrat angehört, soll bei der Bezirksregierung vorstellig werden. Außerdem wurde folgende Entschliessung angenommen:

Die finanzielle Not des Land- und Stadtkreises sowie der Gemeinden im Waldenburger Kohlerzrevier ist, wie dort bekannt, überaus groß. Die Ursachen liegen nicht nur in den Auswirkungen der Nachkriegszeit, sondern vor allem in der Regelung des Finanzausgleichs im Reich sowie im Staate. Die Aufstellung der Haushaltspläne der beiden Kreise und Gemeinden gestaltet sich infolge der zwangsläufigen Mehrbelastung katastrophal. Die Realsteuern erschienen bereits im Etatsjahr 1927 untragbar. Sie müssen für 1928 um 30 bis 40 Prozent erhöht werden und belasten die gesamte Bevölkerung außergewöhnlich schwer.

Der von Reich und Staat in Aussicht gestellte innere Finanzausgleich für die eingetretene Belastung bei der Besoldungsregelung und den Schullasten ist nicht eingetreten.

Die heute in Dittersbach, Kreis Waldenburg, versammelten Kreisräte, Magistratsmitglieder, Stadtverordneten, Schöffen und Gemeindevorsteher der zwei Kreise und aller Gemeinden erbitten zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben ausreichende Mittel, unter anderem auch Gewährung höherer Mittel für den Wohnungsbau, und erhoffen, daß der höheren Kostlage der Kreise und Gemeinden im Waldenburger Kohlerzrevier gebührend Rechnung getragen wird.

## Wann bekommt Klein-Stein Wasser?

Wir berichteten in den letzten Monaten des öfteren über die katastrophalen Wasserverhältnisse in Klein-Stein OS., die seit Jahren einen ganz gefährlichen Seuchen-, besonders Typhusherd, aus dem Orte machten. Nachdem die Kritik der Presse endlich die Aufmerksamkeit der Behörden auf diese Zustände lenkte und sowohl vom Staate wie vom Kreis Beihilfen und Darlehne zur Behebung der Nothstände bereitgestellt wurden, hat man damit angefangen, einen der beiden Dorfbrunnen gründlich auszuschränken und zu reinigen. Dabei stellte sich heraus, daß der circa 45 Meter tiefe, mit sehr viel Unrat gefüllte Brunnenkessel ein Bohrloch bis 115 Meter Tiefe besitzt. Bei einer Weiterbohrung kam man bis zu 132 Meter, ohne daß jedoch Quellwasser hervortrat. Man hofft, nach Durchdringung einer Steinschicht auf Wasser zu stoßen, anderenfalls muß der Bau eines neuen Brunnens in Betracht gezogen werden. Jetzt haben die Bewohner das Vergnügen, Wasser von dem zwei Kilometer entfernten Goh-Stein holen zu müssen, bzw. sich mit dem verfaulenden Teichwasser zu begnügen.

Eine andere Folge dieser Wasserfalamität ist die Katstlosigkeit ausbrechendem Feuer gegenüber. So brannte in den letzten Nächten die Kraus'sche Besitzung vollständig nieder; Wohnhaus, Scheune, Vorräte. Lediglich Menschen, Vieh und Mobilien konnten gerettet werden. Da Klein-Stein kein Wasser besitzt, mußten die Bewohner tatenlos zusehen, wie das Feuer ein Stück nach dem anderen einäscherte. Als die Feuerspritze von Goh-Stein anrückte, war es natürlich längst zu spät.

All diese Momente lassen es als durchaus notwendig erscheinen, daß die Schaffung neuer, ausreichender und gesunder Wasserverhältnisse für die Gemeinde mit der größten Beschleunigung durchgeführt wird.

## Eine wichtige Entscheidung Calonders.

Der Unterhalt deutscher Privatschulen. Der Präsident der Gemischten Kommission Calonder, hat eine neue, für das Minderheitenschulwesen wichtige Entscheidung gefällt. Die Genehmigung zur Errichtung und zum Unterhalt deutscher Privatschulen wurde in Oberschlesien bisher nur Einzelpersonen erteilt, während sie juristischen Personen, wie z. B. dem Deutschen Schulverein, verweigert wurde. Der Deutsche Volksbund nahm daher die Weigerung der polnischen Behörden, einer Fürsorgegesellschaft in Königshütte die Erlaubnis zur Errichtung einer Caritas-Schule, eines Kindergartens und Hausheilstation zur Veranlassung, um in dieser Frage eine grundsätzliche Klärung durch die Gemischte Kommission herbeizuführen. Präsident Calonder entschied, daß der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien das unbeschränkte Recht zusteht, Einrichtungen, die sich die soziale und kulturelle Hebung der Minderheiten zum Ziele setzen, zu erwerben und zu unterhalten. Träger solcher Einrichtungen können nicht nur einzelne Personen,

# Das obererschlesische Wahlergebnis.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: In den Grundzügen unterscheidet sich das obererschlesische Wahlergebnis von den Erfahrungen des Reiches am 20. März nur wenig. Die Sozialdemokratie hat gewonnen, die Deutschnationalen verloren, das Zentrum hat sich gut gehalten, während an dem allgemeinen Linksrad auch die Kommunisten beteiligt wurden. Um so mehr ist über einige Besonderheiten des obererschlesischen Wahlkampfes zu sprechen. Zentrum und Deutschnationale führten ihn nicht mit den Gegenätzen der Tagespolitik, sondern mit grundsätzlichen Fragen aus der Ebene der Religion. Erst war es eine Mexikopropaganda, die erzeugt werden sollte. In den letzten drei Wochen verschwanden merkwürdigerweise diese Parole vollständig und das Zentrum lenkte um zu der Parole: Schützt die katholische Schule! Bei aller Gegensätzlichkeit, die sonst zwischen Deutschnationalen und Zentrumseleuten in Oberschlesien während des Wahlkampfes zutage trat — eine Gegensätzlichkeit, bei der sich diese beiden bürgerlichen Parteien wieder tüchtig auseinandergerebet haben — war die religiöse Propaganda bei beiden Parteien das willkommene Mittel gegen die Sozialdemokratie.

Die Agitation der Sozialdemokratie hat sich rechtzeitig auf diese Situation in Oberschlesien einstellen können und in Flugblättern wie in Versammlungen den vor jedem religiösen Standpunkt — vorausgesetzt, daß er nicht kirchlich unduldam war — zu rechtfertigenden Grundgedanken der Gesinnungsfreiheit vertreten. Es ist neben der ausopferungsreichen Arbeit der Funktionäre, insbesondere dieser Stellung in religiösen Fragen, zuzuschreiben, daß der Stimmengewinn der obererschlesischen Sozialdemokratie (von 36 220 auf 70 384 Stimmen!) beinahe hundertprozentig ist.

Die Kommunisten haben sich in Oberschlesien über Erwarten gut geschlagen. Sie konnten infolge des Stimmengewinnes radikaler Jungwähler, unter denen sich mehrere tausend Erwerbslose befinden, ihre Stimmenzahl von 65 000 auf 71 000 steigern. Dieser Stimmengewinn ist den Kommunisten insbesondere im Industriegebiet zugefallen, während sie in den Landkreisen sehr stark verloren hat. Die Tatsache, daß die kommunistische Agitation ohne einen im stärkeren Maße ausgebauten Organisationsapparat durchgeführt wurde, läßt Rückschlüsse darauf zu, daß die kommunistischen Wähler im besonderen der im obererschlesischen Grenzbezirk, noch verhältnismäßig starken sozialistischen Schicht der Bevölkerung entstammt.

sondern auch Gesellschaften sein, denen die gleichen Rechte zustehen, wie sie die polnische Mehrheit ausübt.

**Waldenburg.** Mit 68 Jahren ins Gefängnis. Der Juvavide Hermann Alex von hier hatte sich schwere kriminelle Verfehlungen an zwei schuppichtigen Mädchen seiner Quariergeberin zuschulden kommen lassen. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verurteilte ihn das Gericht unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 9 Monaten Gefängnis. Der Kreis muß nun auch eine zweijährige Gefängnisstrafe wegen Brandstiftung und Körperverletzung vorüber, für die ihm Bewährungsfrist zugestimmt worden war.

**Ober-Waldenburg.** Entführt. Die 16jährige Tochter eines hiesigen Einwohners wurde auf dem Wege zu ihrer Dienststelle in Dittmannsdorf von einem Motorradfahrer angehalten, der ihr das Angebot machte sie bis zu ihrer Arbeitsstelle mitzunehmen. Als aber das Mädchen auf dem Rade Platz genommen hatte, fuhr der Mann in rasendem Tempo bis nach Frankenstein, wo er das Mädchen zu dergewaltigen versuchte. Auf ihre verzweifelte Abwehr und Hilferufe wurde die Polizei herbeigekallt, der es gelang, den Wüstling festzunehmen.

**Gellhammer.** Unnatürliche Mutter. Die bereits wegen Verhüllung ihrer Tochter zu drei Monaten Gefängnis bestrafte Frau Anna Sell hatte sich erneut vor dem Strafrichter wegen Rupperei zu verantworten. Auch hier sollten ihre eigenen Töchter wieder Mittel zum Zweck sein. Sie wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

**Gortau.** Verhängnisvoller Fehltritt. Von einem Ausgange zurückkehrend, stürzte der 60 Jahre alte Schneidermeister Ernst Krause infolge eines Fehltritts rücklings die Treppe hinab. Er fiel so unglücklich, daß er sich dabei das Genick brach. Der Tod trat auf der Stelle ein.

**Königsfeld.** Liebeskummer war die Ursache. Hier wurde im Badeteich von Spaziergängern eine Frauenleiche aufgefunden und geborgen. Es ist dies die 19jährige A. Niedner, die sich das eierliche Verbot, ein Liebesverhältnis mit einem ebenso jungen Manne zu unterhalten, sehr zu Herzen genommen hatte und schließlich freiwillig den Tod suchte.

**Schweidnitz.** Der Vötreibungsparagrah. Der leidige § 218 brachte wieder einmal zwei Frauen und einen jungen Mann auf die Anklagebank. Das Dienstmädchen M. K. aus Schweidnitz hatte mit dem Grubenarbeiter P. K. ein Verhältnis unterhalten, das nicht ohne Folgen geblieben war. Bei beiden lagen wichtige wirtschaftliche Verhältnisse vor, und diese ver-

Das Zentrum hat von den reichlich 20 000 Stimmen, die in Oberschlesien mehr abgegeben wurden, viertausend für sich holen können. Bei den starken kirchlichen Agitationsmethoden, die noch am Wahlsonntag selbst mit aller Schärfe angewandt wurden, war von vornherein mit einem Verlust der Zentrumspartei nicht zu rechnen. In den Kreisen der absolut kirchlichen Wähler machen die politischen Sünden des Zentrums nur recht schwachen Eindruck. Die Zentrumspartei ist und bleibt für sie die Partei ihres Oberpfarrers, dem sie trotz Kirchensteuer und anderen Belastungen keine eigene politische Meinung entgegenzusetzen wagen.

Die Sozialdemokratie hat nun aus eigener Kraft in Oberschlesien ein Reichstagsmandat geholt, das der Genosse Stellung-Berlin seit Jahren im Interesse Oberschlesiens verwaltet. Mit niedererschlesischen Reichstimmen ist ein zweites Landtagsmandat erreicht, so daß neben dem Genossen Franz, der in Hindenburg Bürgermeister ist, der Bezirkssekretär der Freien Gewerkschaften Oberschlesiens, Nowak-Gleiwitz in den Landtag einzieht. Das Zentrum schied in den Reichstag: Ulfka, Landesrat Ehrhardt und Landwirt Beck, in den Landtag Landwirtsmeister Zawadzki, Frau Ziegahl, Kreier, Landwirt Henkel und Rektor Wronke. Bei den Kommunisten bleibt es — falls nicht durch niedererschlesische Reichstimmen noch ein zweites Landtagsmandat gelangt wird, wofür allerdings das bisherige mittelschlesische wegfällt — bei der bisherigen Besetzung: Jabasz für den Reichstag und Jendrosch für den Landtag. Die Deutschnationalen schieden in den Reichstag den katholischen Pfarrer Wolff, in den Landtag den Grafen Garnier und den „Arbeitersekretär“ Straube. Das Mandat der Polen, die von ihren 41 000 Stimmen nur 10 000 verloren, fällt endgültig weg, da es durch niedererschlesische Reichstimmen nicht gestützt worden ist.

Die Arbeiterschaft in Oberschlesien kann mit dem Wahlergebnis durchaus zufrieden sein. Es ist der beste Beweis dafür, daß es in Oberschlesien trotz aller Schwierigkeiten wieder vorwärts geht und daß die bisherige Organisationsarbeit nicht vergeblich war. Das nächste Ziel der sozialdemokratischen Arbeit wird es sein müssen, den Organisationsapparat insbesondere in den Landkreisen auszubauen und den Kampf gegen die Kommunisten noch schärfer als bisher durchzuführen.

anknüpfen das ungetraute Paar, sich der Hilfe der Waise E. S. zu bedienen. Der Erfolg dieses Schrittes hatte aber zunächst eine ungesunde Wirkung, denn die A. wurde auf Grund einer Anzeige unter dem Verdacht des Kindesmordes verhaftet. Schon in der Voruntersuchung stellte es sich heraus, daß dieser schwere Verdacht nicht aufrecht zu halten war. Nun wurde gegen alle drei Angeklagte wegen Verstoßes gegen die Heiligkeit der Ehe angeklagt. Das Gericht war einseitig und erkannte auf geringe Gefängnisstrafen von 1 bezw. 2 Wochen und billigte allen Angeklagten auch eine Bewährungsfrist zu.

**Schweidnitz.** Am 50. Geburtstag tödlich abgestürzt. Anlässlich der Feier seines 50. Geburtstages schante sich der Gärtner Hermann Keil aus der Kirchstraße 9 aus dem Fenster seiner im zweiten Stock gelegenen Wohnung, verlor das Gleichgewicht und stürzte in den Hof, wo er mit einem Schädelbruch tödlich verletzt liegen blieb.

**Falkenau, Kreis Grottkau.** Im Stall getötet. Im Meierhofe Harzenberg wurde der Arbeiter Meier, der als Fütterer beschäftigt war, im Stalle von einem plötzlich wütend gewordenen Stier rücklings angefallen und buchstäblich zertritten. Nur mit Mühe gelang es, den Schwerverletzten von dem rasenden Tiere wegzubringen. Nach kurzer Zeit verstarb der Unglückliche an den erlittenen Verletzungen.

**Schnau a. d. R.** Im Steinbruch verunglückt. Auf dem Rahlberg bei Hundorf kam, nachdem sich im Steinbruch eine Anzahl Steine losgelöst hatten, plötzlich eine Wand ins Rutschen. Drei Arbeiter wurden mitgerissen, zwei von ihnen erlitten schwere Verletzungen. Ein Arbeiter, der telefonisch Hilfe herbeizufen wollte, rannte an die Gleisspur und brach sich das Halsbein.

**Oppeln.** Der Name des Banditen, der, wie wir berichteten, am vergangenen Sonnabend am hellen Tage auf der Chaussee von Oppeln nach Jellowa einen Wagen der „Dier“-Gesellschaft überfallen und dabei den Kassierer Kollusch erschossen und beraubt hatte, ist nunmehr festgestellt worden. Es ist der dreißigjährige Invalide Josef Balzer aus Goslawitz, Kreis Oppeln, der sich zeitweise bei seinen Verwandten aufhielt und nun flüchtig ist.

**Sosnowice (Poln.-Schl.).** Unterschlagungen in einem Zollamt. Unter dem Verdacht der Unterschlagung und Falschhabung wurden auf Antrag der Staatsanwaltschaft fünf Beamte verhaftet. Nach den bisherigen Feststellungen sollen die Beuntreuungen mehrere hunderttausend Zloty betragen. Auch der Leiter des Sosnowicer Zollamtes, Direktor Medynski, wurde verhaftet.



# SINDBAD

DER

## SALEM-RAUCHER

Zur Zeit des Kalifen Harun al Raschid lebte in Bagdad ein reicher und angesehener Kaufmann mit dem Namen Sindbad. Als er eines schönen Abends mit seinen Freunden auf der Terrasse seines Hauses die geliebte Salem-Cigarette rauchte, durch die er weit berühmt geworden war, hörte er einen Bettler auf der Straße laut klagen: „O, Allah, warum verteilst du die Güter des Glückes so ungleich und gönnt dem einen den ürrichen Genuß der wundervollen Salem-Cigarette, und dem anderen nichts als den von der Terrasse des reichen Mannes herunterwehenden Duft!“ Als Sindbad dieses hörte, ließ er den Bettler zu sich kommen, setzte ihn auf den Ehrenplatz an seiner Seite und sprach folgendermaßen: „Lieber Bruder, laß dir erzählen, welche unendliche Mühen, Sorgen und Schrecknisse mir das Leben brachte, bis ich den Reichtum gewann, den ich heute genieße, und bis ich diese wundervolle Cigarette fand, um die du mich beneidest. Meine Lebensgeschichte ist sozsam und lehrreich genug, um dir zu zeigen, wie wunderbar Allah die Geschehe der Menschen leitet.“

Damit du aber erst deine eigenen Sorgen vergißt, rauche inzwischen diese süßduftende Cigarette SALEM AUSLESE.

(Fortsetzung folgt.)



Heute in Deutschland in allen Spezialgeschäften für 5 Pf. erhältlich



## Die Versuchsfahrt des Raketenautos.

200 Stundenkilometer in 45 Sekunden.

Vor einem geladenen Publikum führte Mittwoch vormittag der Erfinder des Raketenautos von Opel auf der Hunsbahu bei Berlin seine Erfindung vor. Geheimrat Schütte wies bei der die Vorführung einleitenden Feierlichkeit darauf hin, daß die Hoffnungen auf die neue Erfindung zuerst nicht übermäßig dürfe. Der bevorstehende Kongreß der wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt werde sich mit der Bedeutung der Rakete für einen Weltraumflug befassen. Wenn das Raketen-Rakete-Tatfache geworden sei, dann werde man New York von Berlin aus in wenigen Stunden erreichen können. In seiner Erwiderung wies Herr von Opel darauf hin, daß seine Arbeiten infolge einer Indiskretion zu früh an die Öffentlichkeit gekommen seien. Grundlegend neu sei die Feststellung, daß die Fortbewegung im luftleeren Raum möglich sei. Mit dem Raketenauto sei erst eine Etappe erreicht, die zweite Etappe bilde dann der Antrieb eines Motors, wobei die 200-Kilometer-Stundengeschwindigkeit erreicht werden soll. Die dritte Etappe sei das Motorrad, das ohne Gefahr für den Fahrer eine Stundengeschwindigkeit von 200 bis 250 Kilometer erreichen soll. Später werde man versuchen, in Höhen von 20 bis 30 Kilometer mit Flugzeugen vorzustufen und schließlich ein Fahrzeug zu bauen, mit dem man in den Weltraum vorstoßen könne. Kurz nach Vollendung seiner Rede bestieg Herr von Opel das Raketenauto, das bei starker Rauchentwicklung wie ein Pfeil dahinschoß. Bei seiner nachmaligen Versuchsfahrt an den Tribünen, wobei er die letzte Rakete entzündete, wurde eine Geschwindigkeit von 200 Stundenkilometer in ca. 45 Sekunden erreicht. In der Höhe der Steuerräder rechts und links befanden sich zwei Tragflächen, die verhindern sollen, daß das vorn umschwenkende Fahrzeug sich während des rasenden Tempes vom Boden emporhebt. Hinter dem Fahrer sind die Motoren — 27 an der Zahl — eingebaut. Die Anordnung ist so getroffen, daß abwechselnd je drei Zylinder übereinander brennen. Nach kurzer Zeit war alles zum Start fertig. Der Fahrer brante die ersten Raketen los. Lebend und heulend entwichen die Gase und wie von einer Sehne geschluckt flog der Wagen mit einer Anfangsgeschwindigkeit von 50 bis 60 Kilometer über die Bahn. Mit etwa 120 Kilometern Geschwindigkeit ging es der Nordkurve entgegen. Herr von Opel ließ den Wagen auslaufen und wieder ein Raketenstoß und ein dritter und in ungeheurer Fahrt, die Schätzungsweise 200 Kilometer betrug, raste das Fahrzeug heran. Kurz vor den Tribünen feuerte der Lenker die letzten Raketen ab, wobei die Erde zu bebenden schien und die Zuschauer, die auf der Zieltribüne und auf den Zeitschmerzhäuschen Kopf an Kopf standen, bedenklich ins Schwanken gerieten. Bei der letzten Fahrt sah man den Wagen kaum noch. Nur das rote Feuer der Raketen und der dicke graue Qualm zeigten, in welcher ungeheuren Tempo der Raketenwagen vorüberbrauste. Nach ein paar hundert Metern stand der Wagen still. Die begeisterten Zuschauer, die immer wieder in Schreie für Fritz von Opel ausbrachen, stürmten über die Bahn hinweg, um den kühnen Lenker zu feiern. Inzwischen hatte jedoch schon ein Lastauto den Raketenwagen erreicht und schleppte die Maschine zurück bis an die Tribüne. Die begeisterten Zuschauer drangen über die Barrieren. Herr von Opel wurde aus dem Wagen herausgezogen und auf den Schultern seiner Freunde im Triumph davorgetragen.

Fritz von Opel hat bei dieser Demonstration auf der Waus mit dem Raketenwagen gegenüber den Rüdeshaimer Versuchsfahrten die Geschwindigkeit wesentlich zu steigern vermocht. Kurz vor den Tribünen erreichte er ein Tempo von 150 Kilometer, um nach Abschluß der letzten Raketen auf etwa 215 bis 220 Kilometer Stundengeschwindigkeit zu kommen.

## Ein furchtbares Straßenbahnunglück.

Das zwei Tote und 15 Schwerverletzte forderte, ereignete sich am Mittwoch nachmittags kurz nach 4 Uhr in Gelsenkirchen-Buer in der Nähe des Rathauses von Buer. In einer wenig übersichtlichen Straßenkreuzung fuhr ein vollbesetzter Motorwagen der Kleinbahn in voller Fahrt gegen den Anhänger eines schweren Lastkraftwagens. Der Motorwagen wurde aus den Gleisen geschleudert und fuhr dann gegen die Straßeneinfahrt. Sämtliche Insassen des Motorwagens, der mit etwa 25 Personen besetzt war, erlitten Verletzungen, darunter 15 Personen so schwere, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Ein Straßenbahnmonteur wurde auf der Stelle getötet, ein Schwerverletzter verschied wenige Minuten nach dem Zusammenstoß. Von den übrigen Schwerverletzten schweben mehrere in Lebensgefahr.

## Ein schweres Flugzeugunglück.

Das drei Todesopfer forderte, hat sich am Mittwoch in der Nähe des Kölner Flugplatzes über dem Orte Esch im Kreis Bergheim ereignet. Der französische Farman-Doppeldecker „Goliath“, der die Strecke Paris-Berlin flog, war nach einer Zwischenlandung gegen 1 Uhr mittags von Köln aus zum Weiterflug nach Berlin gestartet. Die Maschine erhob sich glatt in die Luft und schwebte einige Minuten in 30 Meter Höhe, als sie plötzlich, aus noch nicht geklärter Ursache, abwärts glitt. Ein Gleitflug war wegen der geringen Höhe nicht mehr möglich. Der Apparat schlug scharf auf und geriet sofort in Brand; an Bord befanden sich 700 Liter Benzin. Die Besatzung, der Pilot, der Bordmonteur und eine französische Passagierin fanden den Tod. Die Maschine, die mit zwei Motoren von je 450 PS. ausgerüstet war, hatte Raum für elf Passagiere. Es muß als ein Glück im Unglück bezeichnet werden, daß nur eine Passagierin mitgeflogen war.

## Die „Italia“ erneut gestartet.

Die „Italia“ ist am Mittwoch von Spitzbergen aus zu einer Nordpolüberquerung gestartet. General Nobile hofft, die 2000 Meilen lange Strecke in 40 Stunden zurückzulegen. Das Luftschiff führt jedoch Brennstoff für einen 90-Stunden-Flug mit sich. Falls das Weiter es erlaubt, beabsichtigt General Nobile, am Nordpol zu landen, um wissenschaftliche Untersuchungen vorzunehmen.

## Die „Italia“ vom Sturm überrascht.

Die „Italia“ ist nördlich von Spitzbergen in einen gewaltigen Nordweststurm geraten. Nobile hat dem italienischen Obersten Vallini in Badö Weisung gegeben, alles für einen Empfang des Luftschiffes klarzumachen, damit die „Italia“ dorthin flüchten kann, im Falle daß es nicht gelingt, Ringsbän zu erreichen. Oberst Vallini hat die Bevölkerung von Badö ersucht, im Notfall bei der Landung des Luftschiffes behilflich zu sein.

## Rein neues Todesopfer in Hamburg.

Amilich wird mitgeteilt: Von den an Phosgen-Vergiftung Erkrankten sind im Verlauf des gestrigen Tages vierzehn Kranke in den staatlichen Krankenhäusern aufgenommen worden. 33 Erkrankte konnten wieder entlassen werden. Weitere Entlassungen stehen bevor. Die Gesamtzahl der ambulanten Behandlungen beträgt 115. In den Hamburger Krankenhäusern befinden sich heute vormittag noch insgesamt 131 Kranke. Davon sind 97 leicht, 29 mittelschwer und fünf schwer erkrankt. Bei zwei der schweren Fälle ist der Befund noch zweifelhaft. Die Zahl der in Hamburg Verstorbenen ist gegenüber der Zahl von gestern morgen noch unverändert. Die Gesamtzahl der Toten einschließlich der in Wilhelmsburg und Altona Verstorbenen beträgt neun.

## Vernichtung der Phosgenbestände auf der Veddel.

Mittwoch vormittag sind Giftgasachverständige aus dem ganzen Reich zu einer Sitzung im Hamburger Polizeipräsidium zusammengetreten, um über die Art der Unschädlichmachung der noch auf der Veddel lagernden Phosgenvorräte zu beraten. Die Polizeibehörde gibt bekannt, daß nach Anhörung der Sachverständigen die noch auf dem Platz in der Hofstraße lagernden Bestände an Phosgen auf gefahrlose Weise vernichtet werden sollen.

## Ein Unbeteiligter bei einem Streit erschossen.

Die Berliner Kriminalpolizei wurde am Dienstagabend nach dem Haupte Schwedter-Strasse 5 gerufen, wo der Arbeiter Cyhalaki mit einem Schuß in der Brust lebenslos aufgefunden worden war. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß ein Gasarbeiter aus demselben Hause im Verlauf eines Streits auf einen Wollereibesitzer einen Schuß abgegeben hatte, der fehl ging und den unbeteiligten Cyhalaki traf. Er wurde in hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus gebracht. Der Täter wurde verhaftet.

## Die Gattin im Schlaf erschossen.

Eine blutige Ehestragödie hat sich in der Nacht zum Dienstag im Hause Kalkreuthstraße 16 in Berlin-Charlottenburg abgespielt. Dort erschoss der 63jährige Generaldirektor Paul Koppdeutscher seine 63jährige Ehefrau und brachte sich dann selbst zwei Schüsse in den Kopf bei. Er wurde in schwerverlettem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Der Grund zur Tat liegt in zerrütteten Wirtschaftsverhältnissen. Koppdeutscher, der Inhaber einer Teppichfirma, war in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten und erwartete unter anderem den Besuch eines Gerichtsvollziehers, der wegen einer größeren Schuldhomme die Möbel Pfänden wollte. Als am Dienstag morgen eine Hausangestellte das Schlafzimmer der Frau Koppdeutscher betrat, bot sich dem Mädchen ein schrecklicher Anblick dar. Im Bett lag Frau Koppdeutscher mit durchschossener Schläfe, während vor dem Bett auf dem Fußboden der Gatte schwer röchelnd aufgefunden wurde. Nach den bisherigen Feststellungen hat Koppdeutscher seine Frau im Schlaf erschossen. Es hat den Anschein, daß er die Tat nicht mit ihrem Einverständnis ausgeführt hat. Auf dem Schreibtisch im Arbeitszimmer Koppdeutschers lagen mehrere Briefe an Freunde, in denen er mitteilt, daß ihn keine wirtschaftliche Notlage zu seiner Tat gezwungen, seine Frau aber von seinem bevorstehendem wirtschaftlichen Zusammenbruch nichts gewußt habe.

## Ein zweifaches Todesurteil bestätigt.

Der erste Strafsenat des Reichsgerichts bestätigte in seiner Dienstag-Sitzung durch Verwerfung der Revision das Urteil des Schwurgerichts Chemnitz vom 8. Dezember 1927, demzufolge der Dreher Max Böhmer aus Chemnitz wegen Mordes in zwei Fällen zum Tode verurteilt worden war.

## Zwei Polizeibeamte im Kampf verletzt.

Mittwoch morgen gegen 5 Uhr kam es in der Alexanderstraße in Berlin zu einem Kampf zwischen Polizeibeamten und lichtschneuen Elementen, die sich nachts in der Umgebung des Alexanderplatzes herumtrieben. Etwa 20 Burshen und Mädchen behinderten durch Herumtreiben auf dem Straßenrand den schon recht starken Frühverkehr. Der Aufforderung von zwei Polizeibeamten, den Damm freizumachen, wurde keine Folge geleistet, vielmehr ergingen sich die Männer in Beschimpfungen der beiden Beamten und drangen auf sie ein. Im Augenblick hatten sich annähernd 150 fragwürdige Gestalten angesammelt. Die beiden Beamten wurden umringt, zu Boden geschlagen und schwer mißhandelt. Erst herbeieilende Polizeiverstärkungen konnten die Kameraden befreien und die Menge mit Gummiknüppeln auseinanderreiben. Einer der Polizeibeamten erlitt mehrere Rippenbrüche. Der Hauptführer konnte festgenommen werden. Nach den übrigen Tätern sucht die Kriminalpolizei.

## Schweres Autounglück in Wedding.

In der vergangenen Nacht ereignete sich an der See-Beck-Strasse in Berlin ein schweres Autounglück. Der Caféhausbesitzer Zerner fuhr mit seinem Privatauto gegen einen Steinhaufen. Der Wagen wurde vollkommen zerrümmert. Zerner starb sofort nach der Einlieferung in das Virchow-Krankenhaus. Die übrigen beiden Insassen wurden schwer verletzt.

## 34 Kinder ertrunken.

Auf dem Kubanfluß in der Nähe der Stadt Temejunt scheiterte ein Dampfer, der 80 Kinder an Bord hatte. 34 Kinder sollen ertrunken sein.

## Neues Grubenunglück in Amerika.

Nordamerika ist abermals von einer schweren Grubenkatastrophe heimgesucht worden. In dem zwölf Meilen östlich von Harlan in Kentucky gelegenen Black Mountain-Kohlenbergwerk ereignete sich eine schwere Explosion, die einen Schachteinsturz zur Folge hatte. Fünfzig Bergleute, die zur Zeit der Explosion in der Grube waren, konnten sich nach rechtzeitigem Retten. 25 Knappen werden vermißt. Einige Leichen sind bereits geborgen worden. Man hofft, 15 Vermißte noch lebend retten zu können. Das Bergamt Bristol (Virginia) hat einen Sonderhilfszug an die Unglücksgrube entsandt.

## Bisher 155 Leichen auf der Mather-Grube geborgen.

Von den bei dem Grubenunglück auf den Mather-Kohlenbergwerken in Pennsylvania eingeschlossenen Bergleuten sind nunmehr 155 Leichen geborgen. Man erwartet, bis zum morgigen Tagesanbruch noch weitere 35 Leichen an die Oberfläche bringen zu können.

## 19 Tote bei dem Dampferbrand auf dem Dnjepr.

Bei dem Brand auf dem Dampfer „Lew Tolstoj“ auf dem Dnjepr sind 19 Personen ums Leben gekommen, darunter ein Professor des Kiower polytechnischen Instituts.

## Die Polarflieger kommen nach Berlin.

Die amerikanischen Polarflieger, Hauptmann Wilkins und Leutnant Elyson, werden nach einem kurzen Aufenthalt in Oslo und Kopenhagen am 30. Mai in Berlin erwartet. Hier soll ihnen ein würdiger Empfang bereitet werden. U. a. ist ein Empfang beim Reichspräsidenten vorgesehen. Am 1. Juni sollen die beiden Flieger Gäste der Stadt Berlin sein.

## Van Lear Blads Weltflug mißglückt.

Van Lear Blads hat seinen Flug nach Kapstadt in Chartum unterbrechen müssen. Wegen Defektes an einem Flügel muß das Flugzeug nach Europa zurückgebracht und hier repariert werden. Van Lear Blad und seine Piloten sind mit Expresszug nach Port Said gereist, von wo sie nach Marseille fahren. Dort wird sie ein Flugzeug nach Westerdam oder London bringen. Der Flug soll sobald wie möglich nach der Reparatur des Flugzeuges wieder angetreten werden.

## Ein Flugzeug in die Straße gestürzt.

In Wiborg (Finnland) stürzte am Montagabend bei einem Geschwaderflug ein Flugzeug mitten auf eine belebte Straße im Zentrum der Stadt. Führer und Monteur des Flugzeuges waren sofort tot. Eine Passantin wurde ebenfalls getötet. Vier andere Personen wurden leicht bzw. schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht.

## Tödlicher Fliegerabsturz bei Thorn.

Bei Thorn stürzte ein polnisches Militärflugzeug aus 50 Meter Höhe herab. Die beiden Flieger verbrannten.

## Zwei Personen verbrannt.

In Rio de Janeiro sind infolge einer Explosion, die sich auf einer mit 16000 Gallonen Petroleum beladenen Barke ereignete, zwei Personen ums Leben gekommen.

## Das olympische Hockey-Turnier.

Mit dem Spiel Holland gegen Spanien, das 1:1 endete, schlossen die Spiele der Gruppe B des olympischen Hockey-Turniers ab. Demnach belegt Holland den ersten Platz vor Deutschland, Frankreich und Spanien und trifft in der Entscheidung am Sonnabend auf den Gruppensteiger Indien.

## Deutschland schlägt Frankreich 2:0.

Das olympische Hockey-Turnier wurde Dienstag bei schlechtem Wetter fortgesetzt. Im alten Stadion bezogen sich Deutschland und Frankreich. Der aufgeweckte Hockeyspieler ließ keine besonderen Leistungen zu. Deutschland blieb mit 2:0 (2:0) erfolgreich. Vorher fanden sich im neuen Stadion Indien und die Schweiz gegenüber. Erwartungsgemäß siegten die recht lustlos spielenden — Indier mit 6:0 (2:0) und haben damit im Gesamtergebnis ein Torverhältnis von 26:0 aufzuweisen.

## Auch die Kranken empfangen Wahlrecht als Wahlpflicht.



# Rheinschiffahrtskonflikt und Streikrecht.

## Das Duisburger Fehlurteil.

Ausgerechnet ein Arbeitsgericht, nämlich das von Duisburg, hat im Konflikt der Rheinschiffahrt ein Fehlurteil erlassen, das in geschwindiger Weise zugunsten der Arbeitgeber das Streikrecht für die Arbeitnehmer illusorisch macht. Es hat auf Antrag des Arbeitgeberverbandes die Aufstellung von Streikposten unter Androhung hoher Strafen verboten, indem es eine dahingehende einstweilige Verfügung des Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Dr. Koenig, bestätigte. Wenn auch damit zu rechnen ist, daß das Landesarbeitsgericht dieses unmögliche Urteil aufheben wird, so besteht doch die Gefahr, daß das Fehlurteil bei anderen Gerichten Schule macht und ängstliche Gemüter sich veranlaßt sehen, das rechtswidrige Verbot zu beachten. Unter diesen Umständen ist es notwendig, daß alle Arbeitnehmer, insbesondere auch die Beisitzer der Arbeitsgerichte, über die Rechtslage genau unterrichtet werden, damit derartige Fehlurteile in Zukunft vermieden werden.

Materiell ist nach der heutigen Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte, insbesondere der Oberlandesgerichte und des Reichsarbeitsgerichts, der Streik, das Aufstellen von Streikposten und jede nicht geschwindige Handlung zur Durchführung des Streiks erlaubt. Das Oberlandesgericht Dresden hat z. B. vor allem in der Frage des Streiks und der Streikposten in einem Beschlusse vom 5. März 1921 die in Betracht kommenden Rechtsgrundsätze behandelt. Danach liegen die Dinge folgendermaßen:

Der Streik ist ein erlaubtes Druckmittel zur Durchsetzung von Forderungen hinsichtlich des Arbeitslohnes. Das Aufstellen von Streikposten ist nicht widerrechtlich und verstößt nicht gegen die guten Sitten. Die Aufstellung von Streikposten kann selbst dann in keinem Falle verboten werden, auch gegenüber solchen Personen der Streikleitung, die die Streikposten angewiesen haben, geschwindige Mittel gegen Arbeitswilige anzuwenden.

Für den Fall, aber auch nur für den Fall, daß Mitglieder des Streikkomitees Streikposten angewiesen haben, widerrechtliche Mittel anzuwenden, ist eine einstweilige Verfügung nur gegen diese Mitglieder des Streikkomitees, nicht etwa auch gegen solche, die eine solche Anweisung nicht gegeben haben, zulässig und die einstweilige Verfügung kann nur darauf getichtet werden, daß die betreffenden Mitglieder des Streikkomitees sich enthalten, die Streikposten zur Anwendung widerrechtlicher Mittel anzuhalten.

Wenn diese klar und unabweislich zum Ausdruck gebrachten Grundsätze beachtet und bei den Arbeitsgerichten, insbesondere auch von den Arbeitnehmerbeisitzern, hervorgehoben werden, dann sind Verfügungen wie die des Duisburger Arbeitsgerichts unmöglich. Ferner ist im Interesse der Arbeitnehmer darauf Gewicht zu legen, daß auch die prozedurliche Voraussetzung zum Erlaß einer einstweiligen Verfügung aufs sorgfältigste geprüft wird. Es muß durch besondere eidesstattliche Versicherungen in jedem Falle glaubhaft gemacht sein, daß die Personen, gegen die sich die einstweilige Verfügung richtet, geschwindige Handlungen veranlaßt oder schuldhaft gefördert haben. Es besteht nämlich die Gefahr, daß an die Glaubhaftmachung von einem arbeitgeberfreundlichen Gericht zu geringe Anforderungen gestellt werden, indem z. B. von der Erwägung ausgegangen wird, daß der Streikleitung oder dem den Streik führenden Verband auch widerrechtliche Handlungen, die dem Streikzweck dienen, nicht untypisch sind. Einer solchen Erwägung ist entschieden entgegenzutreten. Es geht nicht an, gegen die Führer der Arbeitnehmer ein Ausnahmemaßrecht in Anwendung zu bringen und sie für Handlungen verantwortlich zu machen, die ihnen innerlich vollständig sympathisch sind, die sie aber nicht veranlaßt haben, insbesondere dann nicht, wenn Verband und Streikleitung hinreichend die Streikposten angewiesen haben, sich geschwindige Handlungen bei Durchführung des Streiks zu enthalten.

Eine einstweilige Verfügung, die unangeleglich ist und deshalb in der höheren Instanz aufgehoben werden muß, braucht trotz der Strafanordnungen nicht beachtet zu werden, weil bei Aufhebung der einstweiligen Verfügung in der Berufungsinstanz auch die eventuell auf Grund der Verfügung verhängten Strafen in Wegfall kommen. Eine Streikleitung, der also die Aufstellung von Streikposten oder sonstige nicht geschwindige Handlungen durch einstweilige Verfügungen verboten werden, wird sich um eine solche rechtswidrige Verfügung wenig kümmern und sich ihr gutes Recht, den Streik mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln weiterzuführen, nicht nehmen lassen. Der weitere Verlauf des Konfliktes in der Rheinschiffahrt wird das zeigen.

Die am Dienstag in Köln unter Vorsitz des Schlichters für Rheinische, Dr. Jülich, schlichterhandelt Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern und der Rheinschiffahrt hat ergebnislos verlautet. Keine der Parteien hat ihren Standpunkt verlassen.

Die Rottbäumer Steinkohlen-Handelsvereinigung hat infolge des Konfliktes in der rheinischen Rheinschiffahrt von ihrer 1650 Karten Belegschaft 700 Hafenarbeiter entlassen, die nur noch ein Fünftel der in normalen Zeiten eingeführten Kohlenmenge verarbeitet wird.

## Schlichtungsverhandlungen für die Wasserbauarbeiter.

Am Donnerstag haben in Reichensachsen Verhandlungen zur Neuregelung der Löhne der Wasserbauarbeiter Schlichtungsverhandlungen statt. Die Lohnfrage der Wasserbauarbeiter, über die seit April verhandelt wird, ist noch immer offen. Der Reichsarbeitsminister Dr. Koenig hat es nicht über sich gebracht, den Forderungen der Organisationen so weit entgegenzukommen, daß eine Einigung möglich wurde. Die Lohnfrage für die Reichs- und Staatsarbeiter ist längst geregelt, nur mit dem Reichsarbeitsministerium, an dessen Spitze ein — allerdings deutschnationaler — Arbeitervertreter steht, war bis jetzt ein Abgleich noch nicht möglich. Aus dem Reichsarbeitsministerium ist ein Gesandter für den Abgleich

dieses Zustandes gehabt zu haben, denn es hat sehr rasch die Schlichtung notwendig gewordenen Schlichtungsverhandlungen anberaumt.

## Die Manteltarifverhandlungen für die Berliner Metallindustrie.

Berlin, 23. Mai. Heute nachmittag fanden zwischen dem Verband der Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiterverband neue Verhandlungen zwecks Abschlusses eines Manteltarifvertrages für die Berliner Metallarbeiter statt. Nach mehrstündigen Verhandlungen kamen die beiden Parteien überein, den bisherigen Manteltarif um einen Monat oder bis zum Abschluß des neuen Tarifvertrages zu verlängern, damit kein tarifloses Zustand eintritt. Eine kleine Kommission, der die gleiche Anzahl Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Vertreter angehört, wurde gebildet, um die umstrittenen Fragen des neuen Tarifvertrages zu regeln.

## Internationale Arbeitskonferenz.

Eröffnung am 30. Mai.

Am 30. Mai wird in Genf die 11. Internationale Arbeitskonferenz eröffnet. 55 Länder werden auf ihr vertreten sein. Für die Erledigung der Tagesordnung, deren zwei Hauptpunkte die Ausarbeitung einer Methode zur Festsetzung von Minimallohnen und die Behandlung einer internationalen Unfallversicherungs-Konvention sind, wird mit einer Dauer von zwei bis drei Wochen gerechnet. In der Unfallversicherungsfrage spielt die internationale Einführung der automatisch in Kuppelung der Eisenbahnwagen die wichtigste Rolle.

## Internationaler Bergarbeiterkongress.

Prägen tritt (zum 28. Male) der Internationale Bergarbeiterkongress zusammen, diesmal in Nimes (Südfrankreich). Schon 1926 sollte der Kongress stattfinden, er mußte aber wegen des englischen Großkampfes vertagt werden. Die Einladung nach Krakau war vom Internationalen Komitee angenommen worden, die politischen Umstände in Polen ließen es jedoch nicht ratsam erscheinen, den Kongress dort abzuhalten.

Im Mittelpunkt der Prägtagung steht die Besprechung über die Lage der internationalen Bergbauindustrie, über die vor allem Klarheit geschaffen werden muß. Eine wirksame Hilfe zur Klärung der Situation ist die auf Antrag des Internationalen Komitees vom Genfer Internationalen Arbeitsamt durchgeführte Erhebung über Arbeitszeit und Lohn im internationalen Bergbau, deren deutscher Bericht in diesen Tagen erscheinen wird. Das internationale Kohlenproblem wird auf der Tagung von dem internationalen Sekretär behandelt werden. Für das Thema: „Internationale Organisation der Produktion“ stellen Frankreich und die Vereinigten Staaten Referenten. Belgien behandelt die „Klassifikation des Walfischerei-Abkommens“, Dänemark: „Urlaub für Bergarbeiter“, Tschechoslowakei: „Sozialisierung der Bergwerke“, Deutschland: „Bergarbeiter-Schutz“, Holland: „Pensionen für Bergarbeiter“, Polen: „Soziale Versicherung“ und Frankreich: „Kampf gegen den Krieg“.

# Soll das so weiter gehen?

## Schluß mit der Pferdetur der Kapitalneubildung.

Schluß mit der Pferdetur der Kapitalneubildung. Durch die nach dem Krieg eintretende Wertenerwertung schrumpfte das Kapital der deutschen Wirtschaft auf ein Minimum zusammen. Die fortschreitende Begleiterscheinung der Inflation war die Vernichtung unseres Kapitalmarktes, die eine Zettlung den ganzen Wirtschaftsapparat gleichfalls zu zerstören drohte. Nach der Stabilisierung begann der Aufbau des Kapitalmarktes, und zwar in einem derart rasend schnellen Tempo und in einer primitiven Art und Weise, die einzig in der Wirtschaftsgeschichte dasteht. Mit Hilfe einer großzügigen Nationalisierung setzte man wohl die Gefährdungen, im Grunde genommen erhöhte man aber durch Ueberziehung der Preise und Druck auf die Löhne die Profitquote. So wurde jene berüchtigte Periode der Kapitalneubildung eingeleitet, die sich gegenwärtig in einer mahlösen Selbstfinanzierung der Gewerkschaften (Bildung stiller Reserven bei den Aktiengesellschaften, unnötige Tarifserhöhungen bei der Reichseisenbahn und der Reichspost usw.) ausprägt. Die Kapitalneubildung in der deutschen Wirtschaft war eine ausgeprägte Pferdetur und streifte vielfach (Kriege 1925/26) die Grenze des Erträglichen und einer lässlichen Vernichtung der Kaufkraft. Schon 1926 konnte der Leiter der Deutschen Bank, Westermann, feststellen, daß die Reorganisation des deutschen Kapitalmarktes „geglückt“ ist.

Heute sind wir in der Lage, uns ein ungefähres Bild von dem Aufbau dieses Marktes zu machen. Bezeichnend ist, daß die viel erörterten Auslandsanleihen für die Kapitalversorgung unserer Wirtschaft kaum mehr als Spitzenbeträge bedeuten, deren Beschaffung der inländische Kapitalmarkt verweigert, bzw. für deren Aufkommen die Ertragskraft der deutschen Wirtschaft, insbesondere die Auslandsanleihen schlagend nur ein Mittel bis ein Schuß der gesamten inneren Kapitalbildung Deutschlands in ihrer verschiedensten Formen ausgemacht haben. Ohne Reparationsbelastung wären wir auf die Kapitalhilfe des Auslandes nicht mehr angewiesen. Die Disconto-Gesellschaft in Berlin, eine der großen D-Banken, gibt für die Reorganisation des deutschen Kapitalmarktes folgende interessante Zusammenstellung:

1927: 1. Quartal 1928: (in Millionen Mark)	
Geldbeschaffung a. d. Auslande	
Kapitalbeschaffung in Form von Auslandsanleihen	1570 350
Geldbeschaffung im Inlande	
Kapitalbeschaffung in Form von Auslandsanleihen	1000 410
Kapitalbeschaffung in Aktienform	1200 180
Kapitalbeschaffung in Pfandbriefform	1150 480
Zunahme der Sparkasseneinlagen	1580 820
Zunahme der Kreditoren von 7 Berliner Sparkassen	1560 340

Die Zusammenstellung ergibt die Wichtigkeit des Inlandsmarktes für die deutsche Kapitalversorgung. Selbstverständlich ist aber auch, daß die obige Zusammenstellung die vollkommene Kapitalbildung in Deutschland nicht ganz erfährt. Die Disconto-Gesellschaft bemerkt dazu: „Wir kennen den Anteil der Sparkasseneinlagen an der Reorganisation des Inlandsmarktes ebenso wenig wie den des Auslandes“.

Dem Kongress wird eine Sitzung des Exekutivkomitees vorausgehen, die sich mit der Vorbereitung der Herausgabe eines regelmäßig erscheinenden internationalen Mitteilungsblattes zu beschäftigen hat.

## Was wird aus der Kurzarbeiterunterstützung?

Sie bleibt im gegenwärtigen Umfang nur noch bis zum 2. Juni einschließlich in Geltung. Soll sie nach dem 2. Juni verschwinden? Allen Anschein nach möchte das Reichsarbeitsministerium die Kurzarbeiterunterstützung aufheben lassen. Gegen diese Pläne muß rechtzeitig und mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden.

Die Entwicklung der Kurzarbeit rechtfertigt nicht die Beibehaltung der Kurzarbeiterunterstützung. Ganz im Gegenteil, während nämlich die Arbeitelose in der allgemeinen Statistik Rückgang aufweisen, steigt die Kurzarbeit, aber sie ist in den Berufen, in denen ein leichter Rückgang festzustellen ist, nach wie vor außerordentlich hoch. Die Kurzarbeit betrug nach der Statistik der freien Gewerkschaften Ende März 3,6 Prozent, Ende April 4,1 Prozent. Das ist an sich noch keine katastrophale Steigerung, aber die Steigerung bei einzelnen wichtigen Industriezweigen gibt immerhin zu denken. Bei den Metallarbeitern betrug die Kurzarbeit Ende März 1,8 Prozent und Ende April 2,7 Prozent; bei den Textilarbeitern Ende März 10,7, Ende April 14,8 Prozent; bei den Buchbindern lauteten die entsprechenden Ziffern 10 und 10,2 Prozent; bei den Lederarbeitern 17,6 und 15,6 Prozent; bei den Schuhmachern 21,3 und 24 Prozent; bei den Futurarbeitern 20,9 und 15,9 Prozent. Von den Kurzarbeitern hatten eine Verkürzung von mehr als zwei Tagen (16 Stunden) bei den Metallarbeitern 9 Prozent, Textilarbeitern 21 Prozent, Buchbindern 36 Prozent, Schuhmachern 25 Prozent und Futurarbeitern 28 Prozent.

Diese Ziffern geben wahrhaftig keinen Anlaß, in der Kurzarbeiterfrage die Dinge auf die leichte Schulter zu nehmen. Die Arbeiterklasse fordert vom Reichsarbeitsminister, daß die Kurzarbeiterunterstützung auch weiterhin bleibt. Oder will das Reichsarbeitsministerium vielleicht jetzt nach den Wahlen deren Ergebnis doch wahrhaftig deutlich genug für eine sozialere Konzeption der Arbeiterfragen spricht, das neue Regime ausgerechnet mit einem Abbau der Kurzarbeiterunterstützung einleiten? Das wäre doch ein etwas sehr seltsames Beginnen. Herr Reichsarbeitsminister, die Kurzarbeiterunterstützung muß bleiben.

## Weitere Ausdehnung der argentinischen Streikbewegung.

London, 23. Mai. Der Streik der Eisenbahn- und Dockarbeiter hat nach Berichten aus Buenos Aires mit der Erklärung eines schrittweisen Generalstreiks durch die regionale Arbeiterföderation eine weitere Ausdehnung erfahren. Hierdurch werden alle Transportarbeiter, Fuhrmänner und Autochauffeure betroffen. Die Behörden haben umfangreiche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen.

## Tagelöhner Breslaus!

Die Arbeitgeber haben den Schiedsspruch abgelehnt. Weitere Schritte sind eingeleitet. Die nächste Branchenversammlung ist am Donnerstag, den 31. Mai, im Gewerkschaftshaus. Die Ortsverwaltung.

an der Zeichnung auf deutsche Anleihen- und Aktienemissionen und an der Erhöhung der Bankkreditoren. Jedenfalls erschöpft sich aber in diesen Ziffern, die nur die über den Kapitalmarkt gegangenen bzw. bei den Geldinstituten angesammelten Summen wiedergeben, nicht die gesamte Kapitalbildung. Es kommt die Ansammlung von Ueberflüssen in der Hand der wirtschaftlichen Unternehmungen selber hinzu, die zahlreiche Betriebe in die Lage versetzt, sich ohne Finanzneuzugabe des Kapitals und Geldmarktes selber zu finanzieren. Ein Teil der erzielten Gewinne bleibt unausgewiesen als arbeitendes Kapital im Betriebe oder wird in Vergrößerungen oder Verbesserungen der Erzeugungsanlagen investiert. Diese sogenannte Selbstfinanzierung, die an sich kein unerwarteter Vorgang ist, hat in manchen Industriezweigen sehr erheblich zur Erhaltung des Auftragsbestandes beigetragen.

Die Ausführungen der Disconto-Gesellschaft, die nur eine latente Entwicklung treffend charakterisieren, lassen folgende Schlussfolgerungen zu:

1. Die Senkung der Selbstkosten auf Grund der Nationalisierung hat die Profitquote sehr gesteigert; die steigenden Kosten in der Industrie gestalten ohne Zweifel eine größere Beteiligung der Arbeiterklasse an den Nationalisierungsfolgen. Die sogenannte soziale Belastung hat, entgegen der Behauptung der Unternehmer, die Rentabilitätsentwicklung nicht beeinträchtigt.
2. Die aufgenommenen Auslandsanleihen haben in Deutschland eine produktive Anlage gefunden. Aus dem finanziellen Ertrag dieser Auslandsanleihen können Zinsen und Amortisation ohne Mühe bezahlt werden.
3. Da die Auslandsanleihen für unser Kapitalversorgung nur die Bedeutung von Spitzenbeträgen haben, ist die Begründung der Reichsbank für Aufrechterhaltung der kommunalen Auslandsanleiheesperre hin-fällig.
4. Angebot und Nachfrage auf dem deutschen Kapitalmarkt haben sich im Laufe der Jahre so weit ausgeglichen, daß sie den geltenden Zinssätzen nicht mehr entsprechen. Der über-schießliche Diskont findet keine Begründung mehr in einer angeblichen Kapitalknappheit. Vielmehr stellt er ausgesprochenen Wucher dar.
5. Die hemmungslose Selbstfinanzierung der deutschen Gewerkschaften wird offen zugegeben. Die Bilanzpublikationen der deutschen Aktiengesellschaften verschleiern diese Tatsache und haben nur den Zweck, die Zusammenhänge zu verbunkeln.

In dem Maße, wie unsere Konjunktorentwicklung eine ungünstige Tendenz zeigt, muß eine andere Form der Kapitalbildung gesucht werden, wenn wir die Kaufkraft der breiten Massen nicht drohen und die Wirtschaftskrise provoizieren wollen. Die Krise 1925/26 hat gezeigt, daß nur die Mittel Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne sind, die durch die Lohn-sätze der Arbeiter fließen. Aus dieser Erkenntnis heraus ist es geboten, mit der Pferdetur der Kapitalneubildung, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben, ein für allemal Schluß zu machen.

# Rauhe spröde Haut? CREME MOUSON

macht sie in wenigen Stunden glatt und geschmeidig